

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsgeldern sind die Steuern abgezogen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeitungspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (halbjährlich 12 Mark 20 Pf.) durch die Post bezogen monatlich 2 Mark 10 Pf. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Geschäftsstelle u. Expedition: Querstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach 1000, Dresden-III. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-III, Querstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach 1000, Dresden-III. Arbeiterstimme  
Herausgeber: Dresden-III, Querstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach 1000, Dresden-III. Arbeiterstimme  
Herausgeber: Dresden-III, Querstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach 1000, Dresden-III. Arbeiterstimme

Anzeigenpreis: Die einmal getippte Anzeigenzeile oder deren Raum 0,25 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark für die Restzeile anschließend an den dreiwöchigen Teil einer Tageszeitung. Einzelne Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Querstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 6. März 1928 Nummer 56

## Die Wahlen in Polen

### Kommunistischer Vormarsch

troz unerhörtem Wahlterror der Pilsudski-Regierung

Die am vergangenen Sonntag in Polen stattgefundenen Kommunalwahlen haben infolge eines beispiellosen Terrors der Pilsudski-Regierung gegen alle oppositionellen Parteien, vor allem natürlich gegen unsere polnische Arbeiterpartei, einen „Sieg“ der Regierungspartei ergeben. Auf welche Art und Weise der „Sieg“ Pilsudskis zustande gekommen ist, geht mit genügender Klarheit aus den Berichten der bürgerlichen Presse hervor. So schreibt z. B. die Warschauer Zeitung über den Verlauf des polnischen Wahlkampfes: „Die amtliche Wahlberichterstattung ist den Pilsudskilisten vor allem in den Stillegebieten zugute gekommen, wo Hunderttausende von ukrainischen und weißrussischen Stimmen aus den verschiedenartigsten karmaten Gründen ungenügend blieben, während in denselben Wahlkreisen die Regierungskandidaten mit viel geringeren Stimmziffern alle Mandate errangen.“

Trotz dieser Unterdrückungsmethoden und eines ungläublichen Terrors des polnischen Faschismus verzeichnet die Kommunistische Partei Polens bei diesen Wahlen einen glänzenden Erfolg. Alle Berichte der bürgerlichen Presse müssen das bestätigen. Die Warschauer Zeitung schreibt: „Der erwartete Aufbruch nach links ist zwar eingetreten, hat aber zum Teil die Sozialdemokraten überzogen und ist trotz härtester Wahlbeeinflussung den Kommunisten zugute gekommen.“

Die IL berichtet: „Die Kommunisten haben ihren Anhang mehr als verdoppelt, obwohl sie fast keine offene Propaganda treiben konnten.“

Das Warschauer Telegraphen-Bureau schreibt: „Erfolg gewonnen haben die Kommunisten, vor allem in den Städten und in den Kohlenrevieren von Dombrowa.“

Das Berliner Tageblatt berichtet: „Bemerkenswert ist, daß die Kommunisten, trotzdem der größte Teil ihrer Abgeordneten hinter Schloß und Riegel ist und die Hälfte ihrer Listen annulliert worden ist, auf Kosten der Sozialdemokraten geklärt aus den Wahlen hervorgehen.“

Die Kreuzzeitung schreibt: „Wenn auch die Zahl der Kommunisten in dem Gesamtergebnis nicht auffallend hoch erscheint, so ist ihre Zahl in Kongressorten und den Wahlgebieten von hohem Vorzeichen der Regierung außerordentlich hoch geblieben.“

Nur der Vorwärts hat, daß die Kommunisten „weit zurückgeblieben“ sind. Und die Dresdner Volkszeitung schreibt gestern: „Die Kommunisten erleiden, wie es zu erwarten ist, ebenso wie die Nationaldemokraten, überall Verluste.“

Wie hart der Terror des polnischen Faschismus gegen die Kommunisten war, zeigt die Tatsache, daß, mit Ausnahme von zwei bis drei Städten, keine kommunistische Liste

zugelassen wurde. Dort aber, wo eine solche zur Abstimmung kam, wurde jede Wahlagitator verboten. Es durften keine legalen Wahlversammlungen stattfinden, keine Flugblätter u. Ausrufe verteilt werden. Zudem stimmten die Massen in Warschau und vor allem in den Industriekreisen für die Kommunisten.

Der Wahlsieg Pilsudskis ist eine große Gefahr für die Arbeiterklasse. Die Lösung der wirtschaftlichen Fragen, der unterdrückten Nationalitäten Polens und des internationalen Proletariats gegenüber der faschistischen Diktatur in Polen ist jetzt: Der Sieg der Pilsudski-Regierung ist die härteste Drohung gegen Sowjetrußland und gegen die Arbeiterklasse der polnischen Nachbarstaaten.

Die Sozialdemokratie aber bereitet sich auf die Koalition mit Pilsudski vor. Der Vorwärts beginnt mit einer Verherrlichung des faschistischen Regimes in Polen. Er findet es begreiflich, daß die breiten Massen in Polen in Pilsudski den nationalen Heroen

leben und das Vertrauen zum Parlament verloren haben. Der Wahlsieg Pilsudskis bedeutet eine Abkehr von dem Uebernationalismus und einen „Wille zur Verständigung mit den Nachbarvölkern“.

### Das Wahlergebnis

Berlin, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach einem Bericht aus Warschau legt sich der neue polnische Sejm wahrscheinlich wie folgt zusammen:

Pilsudskiblock	130	(—)
Regierungsfreundliche Bauernpartei	20	(25)
Sozialdemokraten	60	(41)
Kleinbauern	35	(26)
Nationaldemokraten u. Christl.-Nationalen	40	(120)
Großbauern und Christl.-Demokraten	35	(34)
Kommunisten u. fremdbildliche Kleinbauern	25	(15)
Nationaler Arbeiterblock	85	(80)

Es fehlen noch 3 von 64 Wahlkreisen. In Warschau erhielt der Pilsudskiblock 6, die Sozialdemokraten 1, die Kommunisten 2, der national-demokratische Rechtsblock 1, der Arbeiterblock 1 Mandat. Die Kommunisten verdoppelten ihre Stimmen und gewannen 1 Mandat. Die Sozialdemokraten verloren 40 Prozent der Stimmen und 2 Mandate. In Lodz erhielten die Kommunisten 2, die Sozialdemokraten 3, Pilsudski 1 Mandat.

## Der Kampf in der Berliner Metallindustrie

Der Werkzeugmacherstreik in Berlin, den die Berliner Metallindustriellen mit der Auspernung von Zehntausenden anderen Metallarbeitern beantworteten, ist ein Teil des Kampfes der gesamten Berliner Metallarbeiterchaft um die Erhöhung ihrer Löhne. In Berlin besteht seit Jahren keine tarifliche Lohnregelung mehr. Eine allgemeine einheitliche Bewegung im Herbst des vergangenen Jahres wurde von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie ohne jedes Ergebnis abgebrochen, weil eine Konkurrenz der Funktionäre der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller, die circa 200 000 Metallarbeiter umfassen, einen Antrag der sozialdemokratischen Ortsverwaltung, den Schlichter anzurufen, ablehnten, da die Funktionäre in ihrer Mehrheit nach den Erfahrungen mit den Schlichtungsinstanzen die Durchsetzung der Forderungen der Metallarbeiterchaft durch den Streik forderten.

Die damalige Versammlung wurde von der Bürokratie, nachdem ihr Antrag abgelehnt wurde, kurzerhand abgebrochen.

Unter der Initiative der Opposition wurde dann die von den Reformisten abgebrochene Lohnbewegung von den unter dem Einfluß der Opposition stehenden Branchen weitergeführt, und zwar waren es zunächst die Formier-

die eine Forderung von 15 Pfennig pro Stunde Zulage aufstellten und nachdem die Unternehmer die Forderung ablehnten, mit großer Majorität den Streik beschlossen. Gegen den heftigen Widerstand der Formier lief die sozialdemokratische Ortsverwaltung zum Schlichter. Das Ergebnis war eine Empfehlung, sich zu verständigen auf der Grundlage von „etwa 6 Pfennig“ Lohnserhöhung. Dieses elende Ergebnis wurde von der Bürokratie angenommen.

Im Anschluß daran traten die Werkzeugmacher wieder unter der Initiative der Opposition, in eine Lohnbewegung mit der Forderung von 1,50 Mark Mindestlohn in der 1. Lohnklasse und Abschaffung der Akkordarbeit. Nach verschiedenen ergebnislosen Verhandlungen beschloß die Werkzeugmacher in einer Urabstimmung mit circa 90 Prozent den Streik. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie verhinderte jedoch die Durchführung des Streikbeschlusses und ließ zum Schlichter. Der Schiedsspruch brachte jedoch kein Ergebnis, sondern nur die Empfehlung, auf betrieblicher Grundlage weiter zu verhandeln. Trotz alledem sabotierte die Ortsverwaltung die Durchführung des Streikbeschlusses und weigerte sich beharrlich, die aus allen Betrieben erhobene Forderung auf Einberufung einer Branchenversammlung durchzuführen. Die Ortsverwaltung, unter Führung des berüchtigten Zisa erklärte kategorisch: bei der Lage in Mitteldeutschland habe keine Branchenversammlung und keine andere Stelle das Recht, einen anderen Beschluß zu fassen und andere Maßnahmen zu ergreifen, als die Ortsverwaltung und der Hauptortstand es billigen.

Nach Abbruch des Streikes in Mitteldeutschland sah sich auch die Ortsverwaltung gezwungen, dem Druck der Werkzeugmacher, die sich in einer ungeheuren Empörung befanden, nachzugeben. Ohne eine Branchenversammlung der Werkzeugmacher zu befragen, zog sie aber nur die Werkzeugmacher einiger Betriebe in den Streik, wiederum trotz des heftigen Widerstandes aus den Reihen der Werkzeugmacher, die den Streik aller Kollegen verlangten. Die Bürokratie zeigt in ihrer Taktik, daß sie feinen einheitlichen Werkzeugmacherstreik will, und auch gar nicht die Absicht hat, die von den Werkzeugmachern aufgestellten Forderungen auf einheitliche Regelung der Löhne, Durchsetzung von Mindestlöhnen und Abschaffung der Akkordarbeit durchzuführen. Das geht auch daraus hervor, daß sie vor Ausbruch des Streikes die Anweisung gab, betriebweise zu verhandeln, und zwar nicht auf der Grundlage der Forderungen der Branchenversammlung, sondern auf der Grundlage eines vom Schlichter gemachten Vorschlags, als Durchschnittslohn (!) für die Werkzeugmacher 1,25 Mark pro Stunde zu nehmen. Also schon von vornherein ein lausiger Versuch auf die Forderungen der Werkzeugmacher. Außerdem ist aber zum Beispiel bei Vorliegen einer betrieblichen Vereinbarung von den SD-Funktionären geschlossen, die lediglich einige Pfennige Zulage vorlehrt, aber sonst vollkommen die Forderungen unerfüllt läßt. Jetzt sagt die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, daß sie bereit sei, mit einem Teil der Unternehmer Sonderverhandlungen einzugehen, wie sie auch bereit ist, in den einzelnen Betrieben Sonderabmachungen zu treffen. Sie will also keine einheitliche Werkzeugmacherbewegung, sie will nicht einmal den letzten Teilstreit, der bereits zur Auspernung von Zehntausenden geführt hat, betonen zum Kampf um eine einheitliche

## Der Schlichter greift ein

Morgen Schlichtungsverhandlungen im Werkzeugmachertamp / Die Reformisten bliesen zum Rückzug

Berlin, 6. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem die Berliner Metallindustriellen bisher in provokatorischer Weise ungefähr 50 000 bis 75 000 Metallarbeiter ausgepernt haben, erfolgt jetzt prompt das Eingreifen des Reichsarbeitsministers „um den Kampf der Berliner Metallindustrie beizulegen“. Für morgen Mittwoch sind diesbezügliche Verhandlungen vor der Berliner Schlichtungskammer vorgesehen. Trotz der Kampfstimmung der Werkzeugmacher und der gesamten Berliner Metallarbeiterchaft eine glänzende ist und sie nach der Erweiterung der Kampffront gegenüber den Unternehmern verlangen, vollziehen die reformistischen DMB-Führer schon jetzt einen Rückzug. Und damit ihre völlige Kapitulation vor den Metallindustriellen in den kommenden Mittwochsverhandlungen reibungslos vor sich gehen kann, ermuntert der gestrige Abend-Vorwärts die Unternehmer, doch ein klein wenig ihren hartnäckigen Standpunkt aufzugeben. Gewissermaßen um den Unternehmern die Bereitwilligkeit der DMB-Führer zur friedlichen Beilegung des Konfliktes zu zeigen, teilt der Abend-Vorwärts mit, „daß die Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus Rücksicht auf die kommenden Schlichtungsverhandlungen beschlossen hat, von weiteren Arbeitsniederlegungen in größerem Umfang, die für heute Dienstag vorgesehen waren, bis nach den Verhandlungen zu verzichten.“

Damit nicht genug. Die DMB-Führer geben in demselben Artikel des Abend-Vorwärts den Metallindustriellen bereits jetzt einen Fingerzeig, wie in den kommenden Mittwochsverhandlungen auf Kosten der Berliner Metallarbeiterchaft am besten ein Uebereinkommen erzielt werden

kann. Sie sind schamlos genug, als Grundlage für die kommenden Einigung sich bereit zu erklären, die Forderung der Werkzeugmacher nach der Beilegung der Akkordarbeit fallen zu lassen. Dazu schreibt der Abend-Vorwärts:

Wir haben bereits festgestellt, daß der DMB bereit war, den Vorschlag des Generalarbeiters Koerner auf Abschluß eines Akkordarbeits annehmen und somit seine (des DMB) Forderung auf vollständige Beilegung der Akkordarbeit fallen zu lassen. Soweit Akkordarbeit gemacht werden kann, will der DMB diese Akkordarbeit zulassen... (1)

Wenn es sich bei den Unternehmern um ein Mißverständnis handeln sollte (da die Unternehmer diesen Vorschlag Koerners in den vorigen Schlichtungsverhandlungen am Freitag ablehnten), dann werden sie ja am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium Gelegenheit haben, dieses Mißverständnis zu berichtigen... (1)

Es wird der ganzen Energie der Berliner Metallarbeiterchaft bedürfen, um den DMB-Führern, die durch die obigen Ausführungen des Vorwärts klar zeigen, daß sie in eklatanter Weise die Forderungen der Werkzeugmacher und der Berliner Metallarbeiterchaft verraten wollen, diese Absichten zu durchkreuzen, und in verstärkter Weise in allen Betrieben Beschlüsse annehmen, die sich für die Aufrechterhaltung und Durchsetzung der Forderungen der Metallarbeiterchaft auch gegen eine eventuelle Verbindlichkeitsklärung eines Spruches der Schlichterkammer am kommenden Mittwoch aussprechen. Das Berliner Tageblatt weist schon heute darauf hin, daß im Falle der Ablehnung eines Schiedsspruches dieser Schlichterkammer der Schlichter für Groß-Berlin, der Sozialdemokrat und Reichsarbeitsminister a. D. Wibel, denselben für verbindlich erklären kann.



Lohnregelung aller Berliner Metallarbeiter, sondern sie ist bereit, sich mit betriebsweisen Einzelverhandlungen abzufinden.

Die Behinderung einer Gesamtbewegung, eines einheitlichen Kampfes der Berliner Metallarbeiter um eine einheitliche Lohnregelung in der Gesamtmetallindustrie Berlins, vor allem aber Mindestlöhne, wie sie überall bestehen, zu erreichen, das ist das Ziel der Bureaukratie in allen Teilbewegungen. Als im Oktober die Bureaukratie die Gesamtbewegung, wie oben ausgeführt, kurzerhand abbrach, stimmte sie Sonderverhandlungen und Sonderabmachungen zu, wie zum Beispiel in der AEG, Brunnenstraße, die eines der sozialdemokratischen Ortsvereinsmitglieder getroffen hatte. Sie schloß also praktisch einen Tarif ab, wodurch sie die AEG aus der Gesamtbewegung herausriß und damit in die Front der Metallarbeiter eine Lücke schlug, wobei sie praktisch zum Prinzip der Werkvereine, nämlich Werkvereinbarungen zu treffen, überging, an die Stelle der kollektiven Lohnregelung der gesamten Berliner Metallindustrie den Weg der Betriebsvereinbarung bestritt, was ja auch der Vorwärts vom 1. März ausdrücklich bekräftigt, in dem er schreibt:

Der VAW hat, da in Verhandlungen mit dem BVMZ von den Industriellen abgesehen wurde, doch man gruppenspezifisch eventuell verständigen könnte, den Versuch gemacht, Gruppentarife abzuschließen.

Gerade in der Bewegung der Berliner Metallarbeiter, die jetzt seit einem drei Viertel Jahr läuft, zeigt sich die volle Unfähigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukratie in der Führung von Wirtschaftskämpfen ganz klar und eindeutig. Es verlangt diesen sozialdemokratischen Gewerkschaftsstrategen nicht einmal mehr, eine kollektive Regelung der Löhne zu erreichen. Die Folge davon ist eine ungeheure Zerstückelung in den Kämpfen der Berliner Metallarbeiter. Bei den qualifizierten Facharbeitern, wie den Drechern, Formern und Werkzeugmachern, schwanken die Löhne von 0,80 bis 1,00 Mark pro Stunde, wobei der Durchschnitt sich etwa bei 1,25 Mark bewegt. Tarifliche Mindestlöhne, wie für alle anderen Arbeiter der übrigen Industrie, bestehen nicht, so daß es an der Tagesordnung ist, daß qualifizierte Arbeiter bei 48-stündiger Arbeitszeit mit einem Lohn von 15 bis 20 Mark nach Hause gehen müssen.

Tatsächlich ist es allein die Doppeltaxation unter Führung der Kommunisten gewesen, die unermüdlich an der Organisation eines einheitlichen Kampfes der Berliner Metallarbeiter gearbeitet hat, die auch jetzt wieder in der Werkzeugmacherbewegung trotz allen Gehärrs der Reformisten den Weg weist, nämlich im einheitlichen Kampf aller Werkzeugmacher einmal die Forderungen der Werkzeugmacher durchzusetzen und zum anderen durch den Erfolg der Werkzeugmacher Mindestlöhne, eine einheitliche Lohnregelung aller Metallarbeiter zu erreichen.

### Vor dem Lohnkampf der Berliner Kommunalarbeiter

Berlin, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestrige Tarifkommission des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes stellte für die zum 1. 4. ablaufenden Lohnperiode die Forderung einer Lohnsteigerung von 15 Pf. pro Stunde auf. An weiteren Forderungen für die Tarifverhandlungen wurden die Verabreichung des Pensionaltages von 21 auf 20 Jahre und Minderung der Gruppenbestimmungen gefordert. Die gestrige Kundgebung der Berliner Kommunalarbeiter billigte diese Forderungen. Am dem am 1. April beginnenden Kampf werden neben dem etwa 20.000 Berliner Kommunalarbeitern weitere 20.000 Arbeiter in Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben beteiligt sein. Es werden nicht weniger als 65-70.000 Arbeiter Anfang nächsten Monats den Kampf um Lohnsteigerung aufnehmen, da auch die Arbeiter der drei Berliner Refabetriebe Lohnforderungen gestellt haben.

### Schweres Explosionsunglück an der polnischen Grenze

Wie aus Czestochowa gemeldet wird, hat sich in Dzialoszyn, Kreis Wladan, unweit der deutsch-polnischen Grenze, eine furchtbare Explosionskatastrophe ereignet, die zahlreiche Menschenopfer forderte.

Bei einem gewissen Kleber, der sich gewerdbemäßig mit Kohlen- und Zechenabfuhr beschäftigte, hatten ein polnischer Polizeiposten sowie zwei Beamte der Kaminmaschine in der Wohnung des Kleber eine Hausunglück abgehalten. Als einer der Beamten im Keller ein Streichholz anzündete, erfolgte eine furchtbare Explosion. Das ganze Haus flog in die Luft. Aus dem Keller drangen hohe Flammen und schwarzer Aetherqualm heraus. Die Flammen vernichteten in wenigen Augenblicken das Haus vollständig. Eine Reihe schwerverletzter Personen lag unter den Trümmern um Hilfe und Rettung, die jedoch kaum möglich war. Verletzte Personen, die Hilfe bringen wollten, erlitten ebenfalls schwere Brandwunden. Das Unglück wurde dadurch noch größer, daß im Keller der Reihe nach einige Kettensägen explodierten.

Bei dem Unglück fanden drei Kinder des Kleber, ein Polizeiposten und ein Kaminfontrollier sofort den Tod. Kleber selbst, seine Frau, vier weitere Beamte und acht Personen, darunter eine Anzahl von denen, die in Hilfe herbeigeeilt waren, wurden schwer verletzt. Ein besonderer Rettungszug ist an den Unglücksort geehrt, der die Opfer nach Czestochowa brachte.

### Der Panzerkreuzer ist bewilligt!

In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Sonntag wurde die Ausprache über den Marineetat fortgesetzt. In derselben wurde der Marineleitung von der SPD der Vorwurf gemacht, daß auf den Seckarten von 1927 immer noch die alten hölzernen Schiffe, außerdem wurden als Lehrer in den Marine-Schulen nur deutschnationaler Lehrer verwendet. Auf den letzteren Vorwurf gab der Admiral Jentler überhaupt keine Antwort. Eine längere Debatte löste die von der Marineleitung betriebene Wertpolitik aus. Es wurde festgestellt, daß niedrigere Löhne auf den Marinewerften gezahlt werden, als in der Privatindustrie. Eine Ungeheuerlichkeit ist es, daß die Wertpolitik auch während der Arbeitszeit die Arbeiter überwachet. Weiter wurde kritisiert, daß die Einstellung der Arbeiter nicht durch die öffentlichen Arbeitsnachweise, sondern durch alle möglichen Hinterhütten durchzuführen werde. Kennzeichnend für die Wertpolitik ist der Fall eines Heizers, der einen Kessel hat durchgehen lassen und deshalb den Schaden von 7000 Mark in Katen von seinem 36 Mark betragenden Wochenlohn abtragen sollte. Selbst das Arbeitsgericht in Danabrad mußte in diesem Falle anerkennen, daß das Verhalten der Wertleitung nicht als unzulässig sei. Nachdem die SPD nach dem Admiral die „wichtige“ Frage gestellt hatte, ob ein Modell des Kreuzers „Enden“ nach Dorn hergestellt sei, und die Vorschläge zurückgestellt wurde, wurde über die Einzelpositionen des Marineetats abgestimmt. Alle kommunistischen Anträge, die der Genosse Reddermeyer begründete, wurden von allen Parteien, auch von der SPD, abgelehnt. Alle sozialdemokratischen Anträge, für die nach Ablehnung der kommunistischen Anträge auch unsere Fraktion stimmte, verfielen demselben Schicksal.

Damit wurde auch die erste Rate des Panzerkreuzers, das etwa 20 Millionen Mark kosten wird, bewilligt. In der Öffentlichkeit

# Der Wirtschaftsetat des Bürgerblods

## Großkapitalistische Profitinteressen bestimmen die Wirtschaftspolitik / Das Unternehmerprogramm der Volkspartei / Sozialdemokratische Verwirrungsmanöver

Rede des Genossen Koenen zum Wirtschaftsetat

Berlin, 6. März. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Fortsetzung der Aussprache zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums in der Monatsagung des Reichstages sprach zunächst der Volkspartei-Abgeordnete von Koenen. Der Redner erwartete von den Sozialdemokraten, die doch jetzt in die neue Regierung eintreten wollen, ein positiveres Wirtschaftsprogramm. Er vermaß, daß die SPD jetzt vor den Wahlen noch gewissermaßen in Agitationsreden halten zu lassen. Um so positiver wird sie später im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft mitarbeiten. Koenen lang ein bewegtes Klagelied über die schlimme Lage der deutschen Unternehmer. Das Krisenrisiko sei unabweisbar. Ein Recht auf Kostentilgung über den Stand von Unternehmen könne man nur den Aktionären zubilligen. Der volksparteiliche Redner brach dann eine besondere Partie für den Eisenmarkt. Er verlangte die Aufhebung der Kohlenwertpolitik und das Vorführen der Jügel in der Eisenindustrie. Der Eisenmarkt müßte sich nach weiteren steuerlichen Erleichterungen gewähren werden. Da die deutsche Industrie den Weltmarkt erobern wolle, dürfe die Steigerung der Produktionskosten nicht fortgesetzt werden.

Werner-Berlin (Dem.) übte sarkastische Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung. Nicht ein autonomer Zoll sei erzwungen, dagegen seien eine wichtige Reihe Lebensmittelzölle erhöht worden.

Auf die kommunistische Fraktion sprach Genosse Koenen:

Die Bedeutungslosigkeit des Wirtschaftsministeriums erwacht aus der Tatsache, daß die Wirtschaft in Deutschland nicht vom Staat, nicht von der Devisenpolitik, nicht von der Allgemeinheit geleitet und kontrolliert wird, sondern von den großkapitalistischen Kreisen außerhalb dieses Parlaments und dieses Ministeriums. In solchen Stunden, wo man sich im Parlament über das bedeutungslose Wirtschaftsministerium unterhält, hören die industriellen Schicksalsmacher von Berlin belächeln und belächeln darüber, in welcher Reihenfolge die verschiedenen großen Unternehmer der Metallindustrie ihre Arbeiter aus Straßenplätzen werfen lassen. Von dieser Zerstörung der Produktion haben die bisherigen Redner die sich doch so für die Erhebung der Produktion einsetzen, kein Wort gesagt. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Auch der Unternehmervertreter Koenen hat kein Wort dafür gefunden, daß gerade die Betriebe, über deren wirtschaftlichen Zustand er sich äußerte — Siemens u. Halske, Siemens-Schuckert u. m. — wegen der Lohnforderungen einer qualifizierten Arbeitergruppe jetzt ihre Betriebe schließen. Der sozialdemokratische Redner Heintz hat am Sonntag den Satz geprägt:

Wenn man also den Berliner Werkzeugmachern keinen angemessenen Lohn zubilligen will, so ist das eine Schicksalsmacherei, die in das Jahr 1900 gehört, aber nichts mit dem neuen Deutschland zu tun hat.

Welche Demagogie steckt in diesem Satz! Als ob die Schicksalsmacherei von geringerer Bedeutung wäre als im Jahre 1919! Die großkapitalistische Ausbeutungspolitik ist heute dieselbe wie damals, nur die Namen haben gewechselt. Die Arbeiter müssen mit denselben Mitteln wie im kaiserlichen Deutschland den Klassenkampf gegen die industriellen Schicksalsmacher führen. Die Arbeiterklasse darf nicht an die wunderbare Mär glauben, daß es heute ein anderes Deutschland wäre, in dem die Unternehmer durch Regierungsgewalt in die Länge genommen werden könnten. Nein, auch die Regierungsgewalt und die gleichen wie damals, nur daß an der Spitze nicht mehr der angestammte Herrscher, sondern sein Generalschichtmaß steht.

Die SPD hat auch nicht die weitestgehende Zustimmung zu diesem Satz und seiner Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Es ist bezeichnend, daß in der jetzigen Zeit der Hochkonjunktur die Sozialdemokratische Partei neben einem kleinen Fragen und Wünschen keinen einzigen Antrag in den Wirtschaftskreisen zu stellen hatte. Sie beschränkte sich darauf, sich mit den industriellen Vertretern darüber zu unterhalten, wie man die Konjunktur wieder beleben könne. Ja, Hilferufen und keine Rede mehr über die Wirtschaftskrisen, die den Unternehmern Kleinstprofite bringt, als ihr Wert.

Sehr heutig untertänig die kapitalistischen Anschauungen seiner Fraktion dadurch, daß er von dem Ansehen mancher Unternehmer sprach, der daran glaubt, wenn die Nationalisierung nicht richtig durchgeführt und die Konjunktur nicht voll ausgewertet werde. Also lediglich der Unternehmern, nicht aber etwa die kapitalistische Profitinteressen, die Ausbeutungsgelüste der Unternehmer sind daran schuld!

Genosse Koenen unterließ nicht eingehendem Material die wirkliche Lage der Unternehmer in Deutschland, denen es

in über nicht genügend bekannt, daß nach diesem ersten Konjunkturhoch noch drei andere automatisch mitbewilligt werden, so daß die deutsche werkschaffende Bevölkerung für die kommenden Jahre die Summe von 450 bis 500 Millionen Mark für die Marine aufzubringen hat.

### Ein dreifacher Gemäldebediebstahl

Ein aufsehenerregender Gemäldebediebstahl ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Der bekannte Kunsthändler Friedrich Wilhelm Vippmann wurde zusammen mit seinem Freund, dem Münchner Kunsthändler August Wener, und einem 28 Jahre alten Einbrecher Hermann Jahn verhaftet. Alle drei haben vor etwa vierzehn Tagen eine Kapelle aus Schloß Koblitz bei Jüterich in Bayern geraubt und dabei zwei kostbare Altarbildnisse, die von Lukas Cranach stammen sollen, gestohlen.

Vippmann, der ein Sohn des verstorbenen Direktors des Berliner Kupferstichkabinetts, Geheimrat Vippmann, ist, erfreute

### Metallarbeiter-Ausperrung in Berlin



Protest-Demonstration der Ausgesperrten vor den Siemens-Betrieben

nach den Ausführungen Koenens so schlecht gehen sollte. Die Wenden von 10 bis 20 Prozent sind an der Tagesordnung. Dazu kommen noch die ungeheuren Profite, die nicht in Form von Dividenden zur Auszahlung gelangen. Die Gewinne der letzten 1 1/2 bis 2 Jahre waren bei der Kriegszeit die höchsten. Im angestiegenen Maße sprechen die Bankdirektoren ganz offen aus, daß in diesen Jahren 1 1/2 bis 2 Jahren viel Geld verdient worden ist. Trotzdem wenden sich neben den Großindustriellen gerade auch die großen Banken jetzt dagegen, daß den Arbeitern Lohn-erhöhungen gewährt werden.

Der Sozialdemokrat Heintz hat in beweglichen Worten geplaudert, den Kapitalisten Deutschlands vorzureden zu können, daß sie der Devisenpolitik Rechenschaft über die Lage ihrer Betriebe ablegen müßten. Diese frommen Wünsche sind nur dazu da, um die Arbeiterklasse zu verwirren. Wenn es jemals eine Zeit der Selbstherrlichkeit der großen Industrieunternehmen gegeben hat, dann ist es die gegenwärtige Zeit. Die prinzipiell kapitalistische Profitwirtschaft beherrscht den Staat, nicht umgekehrt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Gegenüber der werkschaffenden Bevölkerung ist sich auch die Bourgeoisie, die hier so etwas wie eine Regierungsbürokratie aufgeföhrt hat, vollkommen einig. Auch die Sozialdemokraten wollen die Arbeiter glauben machen, daß der Bürgerblod wirklich zerfallen sei. Tatsache ist aber, daß von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen draußen in den Wirtschaftskämpfen, in den großen Streikbewegungen die Bürgerblodfront so fest und geschlossen dasteht, wie nie zuvor. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Die Bürgerblodregierung bleibt wie sie war trotz der Auflösung der parlamentarischen Front, die nur ein Wahlmanöver darstellt und sie wird regieren, bis der neue Reichstag zusammentritt. Nur für den getrennten Aufmarsch im Wahlkampf hat man sich gegenseitig Agitationsfreiheit zur Belohnung der Wähler geliebt.

Genosse Koenen geht ausführlich ein auf die Zusammenhänge der Erhöhung der Eisenpreise, in der alle Parteien in völliger Einmütigkeit hinter den Rutschen zusammengearbeitet haben.

Die Volkspartei tritt gegenwärtig mit einem liberalen Mantelchen auf. Sie tritt nach Handelsfreiheit und nach möglichst freier Entwicklung der Wirtschaft. Dabei ist gerade die Eisenwirtschaft ein durchschlagender Beweis dafür, wie sie der Wirtschaft in Wirklichkeit härteste Fesseln zugunsten der Schwerindustrie und des Transkapitals anlegen.

Die Jollerhöhungen, mit denen die Kosten des Notprogramms beglichen werden sollen, werden erneut einen starken Stoß für das Anwachsen der Teuerung in Deutschland sein. Während die Preise in Amerika und in England zurückgehen, beginnt in Deutschland trotz aller Erklärungen der Regierung eine neue Teuerungswelle. Ich erinnere nur an die Preis-erhöhung bei den Braunkohlen am 1. April 1928. Es sind wieder die Arbeiter, die Kleinrentner, kleinen Geschäftsmenschen und Kleinrentnern, die die Folgen der wuchernden Ausbeutungspolitik der kapitalistischen Gesellschaft zu tragen haben. Gerade diese Schichten sollen jetzt im Wahlkampf wieder umgarnt werden. Es wird unsere Aufgabe sein, der werkschaffenden Bevölkerung nicht nur zu zeigen, daß sie sich durch Streikbewegungen, durch Arbeitszeitkämpfe ein Existenzminimum erringen muß, sondern sie auch daran zu warnen, daß sie sich bei den kommenden Wahlen nicht wieder einhängen lassen darf von der doppelzüngigen Politik der verschiedenen Parteienfronten, der Bürgerblodparteien so gut wie der Sozialdemokratie. Dielet Doppelmöglichkeit gegenüber muß die klare Linie des Klassenkampfes hervorstrahlen, die Arbeiter müssen einsehen, daß nur durch den Klassenkampf auch über die Wahlen hinaus die Wirtschaftspolitik des Bürgerblods nennenswert werden kann. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Nach der Rede des Genossen Koenen ruft von der Tribüne eine Frau laut in den Saal: Wo bleibt das Liquidations-schicksal? Warum nehmen Sie uns jede Möglichkeit, weiter zu leben? Das ist eine Unrechtspolitik! Diese Kräfte werden von der kommunistischen Fraktion mit förmlichem Beifall unterstützt. Da der Vizepräsident Effer hilflos am sich schaut, rufen ihm unsere Genossen zu: Herr Präsident, es ist keine Höllenmaschine da, es ist ganz ungefährlich! Aber wenn es noch lange dauert, kommt auch die Höllenmaschine noch! Heißt Genosse Jada sich seit. Die Frau wird von einem Diener von der Tribüne entfernt.

In der weiteren Debatte richtete Abgeordneter Wolf (Volkspartei, Vereinigung) scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen angeblich ungenügender Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes.

Fortsetzung der Beratung heute, 14 Uhr

sich eines guten Rufes als Kunsthändler, so daß man zunächst gar nicht daran kam, ihm diesen Diebstahl anzurufen. Es handelt sich bei den Kunstwerken, deren Wert mehrere hunderttausend Mark beträgt und die jetzt in Berlin bei einem Vater in sehr schlechtem Zustand aufgefunden wurden, um Kunstwerte, deren Entdeckung erst vor kurzem einem kleinen Kreis von Kunsthändlern bekanntgeworden ist. Um so größer war deshalb das Aufsehen, als die Nachricht eintraf, daß die Gemälde am Sonntag, dem 19. Februar, gestohlen worden waren.

Die Ermittlungen lenkten die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei auf den 45 Jahre alten Kunsthändler Friedrich Wilhelm Vippmann, der zunächst beobachtet und schließlich verhaftet wurde. Er mußte nach langem Weigern ein umfassendes Geständnis ablegen. Er erklärte, daß er aus Not gehandelt habe, da er zu seinem Freunde Wener in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis stände und von diesem, sowie einem gewissen 29 Jahre alten Armin Schmidt, um große Beiträge erpreßt worden sei.

Die Tat war mit äußerster Berwegenheit zur Ausführung gelangt. Vippmann, Wener und Schmidt hatten zwei gewerdbemäßige Einbrecher namens Ernst Graste und Hermann Jahn dazu gezwungen. In einem Automobil wurde die Reise nach Schloß Koblitz angetreten, nachdem man sich vorher dort genau über die Verhältnisse orientiert hatte. Auf der Fahrt hatte die Bande noch einen Betriebsunfall. Es wurden ihnen nämlich die gesamten Einbruchswerkzeuge während eines kurzen Aufenthaltes gestohlen. Jahn wollte jetzt eigentlich umkehren, sich aber überreden, den Einbruch mit den Werkzeugen des Chauffeurs vorzunehmen.

In Schloß Koblitz mußten die Einbrecher über zwei hellleuchtende Burgtürme hinweg und vier Türen aufbrechen, ehe sie in die Kapelle gelangten. Alles in allem brauchten sie zum Diebstahl aber doch nicht mehr als acht Minuten. In rasender Fahrt ging es sodann mit der Bande zurück nach Berlin, wo Vippmann den Verkauf der Kunstwerke übernehmen sollte. Die Kriminalpolizei sucht augenblicklich noch die Einbrecher Graste und den Expreller Armin Schmidt sowie auch den Chauffeur Günther, der in alles eingeweiht war.



# Der Wucher mit Gefrierfleisch

## Ein Bericht des Enqueteausschusses

Der Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugung- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der sogenannte Enquete-Ausschuss, der schon seit über einem Jahr arbeitet, teilt die Ergebnisse seiner Arbeit nur langsam der Öffentlichkeit mit.

Man erscheint gerade recht zu den heute stattfindenden Wahlen in der Berliner Konsum-Genossenschaft eine Sonderveröffentlichung des 2. Untersuchungsausschusses für Landwirtschaft über die Auswirkung der Gefrierfleischkontingentierung auf die Preisbildung des Gefrierfleisches.

Dieser Bericht, der nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus den Feststellungen des Enquete-Ausschusses umschließt, und der selbst nur 40 Seiten stark ist, enthält trotz seiner Kürze ein geradezu erschütterndes Material über den schamlosen Wucher, der mit dem Wucher der Gefrierfleischpreise auf Grund der Zollgesetzgebung des Reiches in Deutschland angehebt worden ist. Die Feststellungen dieses Berichtes sind um so auszeichnender, als es sich bei dem Enquete-Ausschuss, der sie veröffentlicht, ja um eine Arbeitsgemeinschaft handelt, die keineswegs „bestruften“ Plänen halbtzig, die keineswegs von Kommunisten beherrscht wird - die 2 Kommunisten im Enquete-Ausschuss sind unter seinen 60 Mitgliedern eine verschwindende Minderheit; sie sind insbesondere im Landwirtschaftsausschuss nicht vertreten, sondern um eine Körperlichkeit, die von Unternehmern, bürgerlichen Wissenschaftlern, reformistischen Gewerkschaftsvertretern, auschlaggebend beeinflusst wird.

Wenn Gefrierfleisch handelt es sich um ein Nahrungsmittel, das gerade für die ärmeren Schichten der Bevölkerung von so großer Bedeutung ist, als der Preiswucher mit frischem Fleisch ihnen dieses immer weniger zugänglich macht. Selbst in der Zeit der Hochkonjunktur, im 3. Vierteljahr 1927, hand nach dem Jahresbericht der Reichscredit-Gesellschaft der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung noch unter dem des Jahres 1913 und sogar tiefer als im ersten Vierteljahr 1927. In Zeiten der Arbeitslosigkeit gar drängt der Verbrauch mehr und mehr zum Gefrierfleisch hin, aber gerade in einer solchen Zeit der Weltmarktschwäche wurde, wie der Enquete-Bericht feststellt, die Preisgebung durchgesetzt, die den Gefrierfleischwucher in Deutschland erst möglich gemacht hat.

## Die Bürgerblockregierung als Geburtshelferin des Gefrierfleisches

Das Gefrierfleisch, das vor allem aus Argentinien stammt und im Preise sehr viel niedriger liegt als die Schweine- oder Rindfleisch, sollte als 1925 der Hochkonjunktur nach dem Willen der Junker und mit Hilfe des fremden Zentrums wieder eingeführt werden, gleichfalls nur einem Zoll betroffen werden. Aber da regten sich genau so wie heute die herrschenden Gewerkschaftsführer, die um ihre Arbeiter fürchteten. Um sie beim Zentrum zu halten, leiteten sie durch, daß eine bestimmte Menge (Kontingent) von Gefrierfleisch zollfrei eingeführt werden solle. Dieses Kontingent sollte unter besonderen Gesichtspunkten an die Verbraucher kommen, so daß diese billiges Fleisch kaufen könnten. Diese Maßnahmen der Gewerkschaftsführer zur Befähigung der Arbeiterklasse war, wie alle ihre Maßnahmen, nur Sand in die Augen ihrer Schicksale.

Der Bericht des Enquete-Ausschusses zeigt in geradezu klassischer Weise, wie der Hochkonjunktur im imperialistischen Kapitalismus nicht nur Extraprofite für die bereits vorhandenen Monopole schafft, indem er ihnen Preiszuschläge in der Höhe der Hochkonjunktur erlaubt, sondern wie er zur Bildung neuer Monopole führt.

## Der Weltmarkt mit Gefrierfleisch

Wie das der Bericht noch einmal bestätigt, ebenso wie seine Freyung in den Händen von sechs großen, namentlich amerikanischen Monopolgesellschaften, von denen Armour & Co. und die Swift Packing Co. die bekanntesten sind. Diese internationalen Monopolgesellschaften beherrschen den Handel der sogenannten „ersten Hand“. Schon sie streichen für sich gewaltige Monopolgewinne ein.

Als die sogenannte zweite Hand in Deutschland ist der Gefrierfleisch-Großhandel tätig. Die dritte Hand bilden die Kleinhandwerker. In den Großhandlern gehören auch die Großkaufgesellschaften deutscher Konsumvereine und die Einkaufsgenossenschaften des Fleischergewerbes. Am Kleinhandel mit Gefrierfleisch sind ebenfalls die örtlichen Konsumvereine beteiligt.

Die Kontingentierung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch hat sich auf dieser Organisation des Handels in der Weise auf, daß die Kontingente den Großhändlern nach einem bestimmten Schlüssel ihrer Beteiligung an der Einfuhr übertragen werden, und daß weiter die Gemeinden die Kleinhandwerker mit Gefrierfleisch in mehr oder weniger, meist weniger hohen Preisen, beaufschlagen.

Auf eine öffentliche Versteigerung des Kontingents hat die Bürgerblockregierung im Interesse der Preisabstufung des Handels von vornherein verzichtet. Sie wählte, daß die freie Konkurrenz unter den Großhändlern schon die Preise niedrig halten werde. Doch die in der Dauer des allgemeinen Preisrückganges keine Hilfe wurde gerade der Weg, auf dem der Großhandel unter sich die freie Konkurrenz ausschaltete und sich zu neuen Monopolen zusammenschloß.

Die freie Konkurrenz der Großhändler würde vielleicht dann möglich gewesen sein, wenn ein Verbot der Einfuhr von Gefrierfleisch in Deutschland vorhanden gewesen wäre. Zwar hatten die Großhändler, als der Schutzoll bröckelte, noch größere Mengen Gefrierfleisches schnell eingeführt, aber diese waren bald verzehrt. Dann legte die Behörde den Kontingent ein - gerade zu einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und steigenden Gefrierfleischpreisen. So ist die Gefrierfleischimportation nach Deutschland von etwa 4000 Tonnen im Januar 1913 bis auf rund 43000 Tonnen im März 1925 gestiegen, um dann, als der Zollschutz einbrach, bis auf unter 20000 Tonnen im Februar 1926 zu fallen. Fallende Einfuhr bei steigender Nachfrage nach Gefrierfleisch wurde zur Grundlage für den Preiswucher mit ihm, wobei die

Einfuhrerlaubnis durch das Kontingent bedingt wurde. Die Regierung, um den Fleischwucher der deutschen Junker und Großbauern zu ermöglichen, beschränkte die Gefrierfleischimportation auf 120000 Tonnen im Jahr - dies zu wenig für den Bedarf. So kam es, daß schon 1920 neben dem zollfreien Gefrierfleisch 20000 Tonnen zollpflichtiges Gefrierfleisch eingeführt wurde, obwohl auf der Tonne der ungeheure Zoll von 450 Mark lastet. Der Monopolwucher war so lebhaft, daß die Herren Großhändler es riskieren konnten, sogar Fleisch mit solch unerhörter Zollbelastung einzuführen.

Die Großhändler, einmal von der Regierung in den Besitz des Kontingents gesetzt, von dem sie wußten, daß es von ihr im Interesse der Junker weit unter dem Bedarf der Bevölkerung gehalten würde, machten es zum Fundament ihrer Monopolstellung.

## 14 Millionen Mark Wuchergewinne Die Großhandelsspanne

Bezeichnend für den schamlosen Wucher der Großhändler mit dem Gefrierfleisch ist der von Enquete-Ausschuss des näheren erörterte Unterschied zwischen den Einkaufspreisen und den Großhandelspreisen. Schon der Einkaufspreis ist bereits ein Monopolpreis. Aber die deutschen Großhändler, gerückt auf das Niveau von der Zollgesetzgebung und den Verordnungen der Bürgerblockregierung verleierte Kontingent, bringen es fertig, diese internationalen Monopolpreise noch zu überbieten. Der Bericht stellt fest:

„Dass die Spanne zwischen Importpreis und Großhandelspreis, d. h. die den Kontingentinhabern zulaufende Preisspanne, sich im Verlauf der Kontingentierungsdauer ungemein stark vergrößert hat. Diese Preispanne betrug beispielsweise in Hamburg in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 und in der ersten Hälfte des Jahres 1927 etwa 12 Pfennig zum Teil sogar bis zu 16 Pfennig je Pfund, während sie in der Periode vor der Kontingentierung etwa 4 bis 6 Pfennig betragen hatte. ... Das gleiche gilt von Berlin und Köln, wo ebenfalls im Verlaufe der Kontingentierungsperiode die Preispanne des Großhandels sich vergrößert hat, zum Teil vervierfacht hat, und wo sie ebenfalls in dem Zeitraum von Mai 1926 bis Juni 1927 durchschnittlich um etwa 10 Pfennig je Pfund höher lag als in der Periode vor der Kontingentierung.“

Erst als die Untersuchung des Enquete-Ausschusses einsetzte, ist diese Preispanne des Großhandels ein wenig zurückgegangen.

Die Großhändler haben sich in ihren Vernehmungen vor dem Ausschuss wegen dieser Preispanne damit herausgedrückt, daß sie nur ihren „Ankosten“ entspräche. In diesem Fall ist der Ausschuss dem Inhalt der Selbstkostenberechnungen der Kapitalisten ein peinlich zu schändendes Geheimnis sind, den Großhändlerbehauptungen nachzugehen. Er hat für einige Städte, darunter auch für Berlin, die Selbstkostenberechnungen als Schwindelhaft entlarvt. So gibt der Großhandel seine Gesamtkosten, Warenspesen und Handelsankosten, auf insgesamt 20,51 Pfennig je Kilogramm an. Nach den Ermittlungen des Enquete-Ausschusses betragen sie nur 11,71 bis 12,87 Pfennig.

Um welche Summen es sich bei diesen Pfennigbeträgen, die (Reb.) in volkswirtschaftlicher Hinsicht handelt, läßt sich durch eine einfache Rechnung herausfinden. Das gesamte heutige Kontingent beträgt jährlich 120000 Tonnen. Von diesem Kontingent dürften höchstens 15 Prozent durch solche Stellen verteilt worden sein, bei denen ein Uebergeinn zu erwarten ist. Rechnet man den Monopolgewinn auf die restlichen 85 Prozent des Kontingents um, so würde den übrigen Kontingentinhabern bei einem Uebergeinn von durchschnittlich 7 Pfennig je Pfund in den 12 Monaten seit 1926 bis April 1927 ein Monopolgewinn von etwa 14 Millionen Mark auf Grund ihrer Verfügung über das Kontingent zugeflossen sein.“ (Im Bericht unterstrichen.)

Dieses Zeugnis stellt der Enquete-Ausschuss, der die großkapitalistische Wirtschaft erforscht, ihr und ihrer Bürgerblockregierung auf.

## Monopoli zeugt Monopoli

Mit dem bestehenden Monopoli, dessen Geburtshelferin die Zollpolitik der Bürgerblockregierung gewesen ist, begnügen sich die Großhändler nicht, sie bauen es aus. Monopoli zeugt Monopoli.

Der Wucherer der Großhändler ist eine Monopolrente. Diese bekommt nach dem allgemeinen kapitalistischen Gesetz, daß jede regelmäßig fließende Geldsumme kapitalisiert wird, ihren „Monopolwert“. Der Enquete-Ausschuss hat bei seiner Untersuchung festgestellt, daß die Kontingentrenten, die die Regierung den Großhändlern ausstellt, verkauft werden, daß sie von einem Großhändler dem anderen gegen bestimmte Vergütungen übertragen werden. Ein schamloser Handel mit Kontingenten hat eingesetzt. Die größeren und stärkeren, die kapitalstärkeren Großhändler bemühten sich durch Kauf von Kontingentanteilen, der allerdings verboten ist, und durch mancherlei andere im Bericht näher dargestellten Praktiken, der Kontingente der kleineren unter ihnen. Es bilden sich innerhalb des Monopols der Gefrierfleischhändler Sondermonopole der Großen.

Die Sache geht noch weiter. Sie derartig mehr und mehr den gesamten Gefrierfleischhandel beherrschenden größeren Händler verbinden sich mit den Importeuren, der sogenannten „ersten Hand“, die zum Teil auch im Besitz von Kontingentanteilen sind. Zugleich versuchen diese sich zusammenschließenden Importeure und Großhändler sich den Kleinhandwerkern zu bemächtigen. Er bilden sich dank der ihnen von der Bürgerblockregierung gemachten Monopole regelrechte Trusts im Gefrierfleischhandel, die von den Pampas Argentiniens bis in die deutsche Kleinhandlung reichen.

Die letzte Vollendung der auf der Monopolmacht des Kontingents beruhenden „verfeinerten Vertikalisierung“ im Gefrierfleischbereich kann darin, daß das Gefrierfleisch auf seinem ganzen Wege vom Weltmarkt bis zum Verbraucher in der Hand eines einzigen Familienkonzerns fließt, wobei alle beispielsweise der im Rheinland wohnende Kontingentinhaber das Gefrierfleisch lediglich von einer in Belgien oder in Holland sitzenden Gesellschaft kauft, deren Inhaber zu ihm in näherer verwandtschaftlicher Beziehung steht, und es dann zum überwiegenden Teil an eine Kleinverkaufsgesellschaft abgibt, mit der er ebenfalls durch Familienbeziehung eng verbunden ist.“

Die 14 Millionen Mark Wuchergewinne eines Jahres werden

unter dieser Regierung der Trustkongresse, deren Finanzminister vom Preisabbau zu reden gewagt hat, sich bald verflüchtigen. Das Monopoli herrscht.

## Die Auswucherung des Kleinhandels

Das sich ausdehnende Großhändlermonopoli schafft nicht nur in eigenen Kleinhandelsstellen eine Konkurrenz gegen den bestehenden Kleinhandel. Es wuchert mit seinen Monopolpreisen ihn auch regelrecht aus. Die Untersuchungen des Ausschusses zeigen, daß zwar die Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen sehr beträchtlich ist, daß aber innerhalb der Spannen das Verhältnis sich mehr und mehr zugunsten des Großhändlers umgekehrt hat.

Die Kleinhandelspreise in drei von den Ausschuss untersuchten Städten, Hamburg, Berlin und Köln, sind durchaus verschieden. Sie stehen in Hamburg auf etwa 60 Pf. je Pfund, in Köln auf etwa 70 Pf. In Berlin sind sie bis auf über 80 Pf. heraufgeklüftet. Dieser Unterschied in den Kleinhandelspreisen liegt darin, daß in Berlin, wo Sozialdemokraten im Magistrat herrschen, die Gemeindekontrolle über den Kleinhandel völlig verlagert, und auch die Konsumgenossenschaft auf jeder Preisregulierung unaufrichtig der Arbeiterbevölkerung kampflös verzieht.

## Die Hamburger „Produktion“

dagegen hat in ihrem Vertriebsgebiet über ein Drittel des Gefrierfleischhandels an sich gebracht. So ist sie in der Lage, den Kleinhandelspreis zu bestimmen. In Berlin aber hört man von einem Versuch der reformistischen Genossenschaftstetung nach dieser Richtung hin nichts.

Ein Grund mehr, heute bei den Wahlen Vertreter der Oppositionsliste zu wählen.

Ueber die Umkehrung der Preispanne zugunsten der Großhändler sagt der Bericht:

„Beispielsweise betrug in Berlin im Oktober 1925 die Großhandelsspanne 5 Pfennig je Pfund, die Kleinhandelsspanne 25 Pfennig je Pfund. Während also im Oktober 1925 in Berlin die Kleinhandelsspanne fast fünfmal so groß war wie die Großhandelsspanne, war sie am Schluss des ersten Kontingentjahres nur doppelt so groß, am Schluss des zweiten Kontingentjahres etwa dreimal so groß. Eine ähnliche Verkleinerung ist in Köln zu beobachten.“

So bestätigt der Enquete-Ausschuss, wenn auch wider Willen, daß die Interessen der Arbeiter und kleinen Händler im Kampf gegen die Wuchergewinne des Monopolkapitals zusammengehen.

## Kein Ausweg für den Enquete-Ausschuss

Der Ausschuss, so sehr er auch dazu bemegt worden hat, den Monopolwucher in dem einen Fall des Gefrierfleischhandels aufzuheben, wird sofort hilflos, wenn er Vorschläge gegen diesen Wucher macht. Hier zeigt sich seine Verbundenheit mit dem Großkapital, die sich auch in seiner Zusammenfassung ausdrückt. Nachdem er den Wucher des Großhandels festgesetzt hat, stellt er als den Grundlag seiner Abänderungsvorschläge auf, daß der Großhandel nicht entbedet werden kann. Nur sollen die Kontingentrenten jetzt gesteuert werden. Alle gewohnheitsmäßigen Kontingentrentenkäufer, alle Kommissionäre, alle an einen einzigen Lieferanten gebundenen Firmen und alle Großimporteure sollen, nach dem Vorschlag des Ausschusses, als Kontingentrentenkäufer ausgeschrieben. Man verkleinert also den Kreis der Kontingentrentenbesitzer und glaubt, auf ihre Moral vertrauend, daß sie auf ihr Monopol verzichten. Ein seltsamer Ausweg, der nur neue Voraussetzungen für noch fetteren Monopolzusammenschluß schafft.

Am die Grundlage dieses ganzen Monopols, den Hochkonjunktur und das Kontingent, rührt der Bericht mit keinem Wort, obwohl seine eigenen Feststellungen nur den einen Schluss zulassen:

## Weg mit den Wuchergewinnen

Der Großhandel, auch wenn er wuchert und geschäftig werden. Man will ihn bestenfalls durch Vorkauf von Richtpreisen, die von den Gemeinden kontrolliert werden, in Schranken halten. Aber schon gegenüber dem Kleinhandel hat diese Gemeindekontrolle versagt, wieviel mehr gegenüber dem kapitalstarken Großhandel.

Darum sind auch alle Vorschläge, die auf eine Ausschaltung des Großhandels hinauslaufen, abgelehnt worden.

Abgelehnt wurden, damit das Trustkapital geschützt bleibe, die Kommunalisierung des Großhandels mit Gefrierfleisch. Abgelehnt wurde die zentrale Verwirklichung des Kontingents durch die Großkaufgesellschaft Deutsche Konsumvereine und die Fleischimportgesellschaft der Fleischergewerkschaften.

So wenig diese Maßnahmen mit Sozialismus zu tun haben, so ist es klar, daß die Uebertragung des Gefrierfleischhandels auf die Konsumgenossenschaften bei gleichzeitiger Aufhebung des Zolls durchaus im Interesse der Verbraucher liegen. Darum darf mit der Ablehnung solcher Vorschläge im Enquete-Ausschuss die Sache für die Verantwortlichen nicht zu Ende sein. Die Großkaufgesellschaft freilich glaubt ihre Willkür bereits damit erfüllt zu haben, daß sie selbst neben dem privaten Großhandel am Kontingent beteiligt ist. Sie begnügt sich mit dieser „Arbeitsgemeinschaft“, hat daß sie auch nur einen Versuch macht, ihre Mitgliedermasse dafür zu mobilisieren, daß ihr der ausschließliche Vertrieb einer Ware übertragen wird, deren Käufer allein die breiten Massen sind. Die Berliner reformistische Leitung der Konsumgenossenschaft hat, wie der Ausschussbericht zeigt, auf jede Beeinflussung der Kleinhandelspreise verzichtet.

Der Trend auf die Leitungen der Konsumgenossenschaften und von unten kommen. Im Kampf gegen den Monopolwucher, den der Enquete-Ausschuss auf Grund amtlichen Materials in diesem einen Fall aufgefunden hat, im Kampf um die Preisverbilligung muß heute jede Stimme bei den Genossenschaftswahlen der Liste der Opposition gehören.

G. Ludwig.

# Besucht die Rundgebung der arbeitenden Frauen gegen die Wucherpolitik des Bürgerblocks!



# Abgeschminkt . . .

Von einem Funktionär der Genossenschaft Deutscher Bühnangehöriger

## Ein Blick hinter die Theaterkulissen

Im Zusammenhang mit der endlich erschienenen gewundenen Denkschrift der Generalintendanten der Staatstheater wird dieses Thema besonders aktuell. Die Gegenbewegung von Mitgliedern der Dresdener Staatstheater, die erfolglos und wieder zurückgeworfene Klage der Generalintendanten gegen den Verratsvorwurf u. a. ein ähnliches Bild auf die Zustände im Reichs- und Arbeitsbereich des deutschen Geistes- und Kulturarbeiters, insbesondere auf die Zustände im Theaterberuf. „Raubbau an menschlicher Arbeitskraft“ sagen die Bühnangehörigen, „unbegrenzte passive Resistenz“ sagt der Generalintendant Reuter. Wer hat recht?

Diese Frage zu lösen, soll uns in erster Linie nicht beschäftigen. Wichtiger ist, die proletarische Misere eines überaus großen Teils der Schauspielerschaft kennenzulernen, wobei es sich oft durchaus gleich bleibt, ob er sich in oder außer Engagement befindet. Der Kampf um die nackte Existenz wird kaum in einem Beruf so erbittert, rücksichtslos und grausam geführt, wie gerade im Schauspielberuf. Begünstigt durch das Ueberangebot an Kräften, sind die Theaterunternehmer in der Lage, jeden Gegenanspruch abzuwehren und auf ein unmögliches Minimum zu reduzieren. Gewissenlose Lehrer bilden wahllos junge Leute für die Bühne aus. Dieser Nachwuchs, der nur spielen möchte, ohne zuerst auf Einnahmen sehen zu wollen oder gar auch nur zu brauchen, bringt natürlich die älteren Darsteller an den Bettelstab. Hinzu kommt, daß ein Theaterbetrieb nach dem anderen schließt, die Konkurrenz des Films tut das ihre, und somit sind alle Bedingungen gegeben, daß der Theaterunternehmer sein Personal bis zum Abwands anzuwenden in der Lage ist. Mindestens, äußerliche Vertiefung der Rubriken, Höchstleistung an Proben und Rollenstudium, Forderung bester Garderobe (nur was?!) usw., das sind die Stichworte, unter denen begonnen wird, den Bühnenfänger vertraglich zu fesseln. Die Bedingungen, unter denen ein Schauspieler aus der Not der Zeit heraus ein Engagement einreißt, sind im allgemeinen die denkbar ungünstigsten. Anfänger im ersten und zweiten Jahr, sofern sie nicht überhaupt nur „kolonieren“, d. h. ohne Bezahlung arbeiten, erhalten bis jetzt

## 80 Mark Monatsgage.

Schreiber dieses begann z. B. als Dreizehnwöchling mit 85 Mark Monatsgage an einem gutinduzierten Stadttheater Sachsens. Schauspieler vom dritten Bühnenjahr an erhalten Monatsgagen von 80 Mark an und selten über 100 Mark. Das kommt, besonders in der Provinz, daß für diese fabelhaften Gagen ein wahrer Kattenkönig von Verpflichtungen eingehoben ist. Einkommensteuer, Krankenfallen, Erwerbslosen-, Arbeitslosenversicherungs- und Organisationsbeiträge kommen selbstverständlich noch in Abzug. Unter solchen Voraussetzungen ist es natürlich, daß die Bühnenkünstler materiell verelenden und damit auch ökonomisch in die Klemme geraten, in die sie hineingetrieben werden. Das deutsche Kulturtheater befindet sich in einem ersten Dauerkrisiszustand, da es an die Bedingungen des im Zerfall begriffenen bürgerlichen bürgerlichen Staates angelehnt ist.

Die Rechtslosigkeit des Bühnenberufs war Jahrtausende hindurch geradezu ungeschwieblich. Noch vor 100 Jahren wurden Darsteller auf dem Schlingensiefel verhaftet, lediglich in Anlehnung ihres Berufes. Auch heute noch geht die berufliche Entwertung auf keine Kuhhaut, obwohl seit 10 Jahren eine Organisation der Theaterkünstler entstanden ist. Emil Döring, nach dem auch in Dresden eine Straße benannt ist, hat als erster für die beschriebenen Anläufe einer Gewerkschaftsarbeit innerhalb der Schauspielerszene gekämpft. Komme ich — zu einem Kartell notwendig und dem Klub angeschlossen — wirtschaftliche Interessenvertretung der Bühnenkünstler — „Genossenschaft Deutscher Bühnangehöriger“ (GDBA), der „Österreichische Bühnenerwerber“ und der „Chorführer- und Ballettverband“. Es sind aber eine Anzahl von Momenten vorhanden, die jede politische Arbeit dieser Verbände für Verbesserung der Wirtschaftslage der von ihnen vertretenen Illustrierten machen. Vor allem die psychologische Begründung der Mentalität der organisierten und weit mehr nicht organisierten Bühnenkünstler. Denn das Gros hält sich der Organisation fern, indifferent, verärgert oder schwer enttäuscht. Oftmals ist nur unter größten Schwierigkeiten ein Ortsverband der GDBA zu gründen, nicht allzu selten wird ein solcher, kaum gegründet, von direktorialen und Unternehmermisslingen gelöst oder sabotiert. Die dabei angewandten Mittel sind die üblichen kapitalistisch-rigorosen. Unter dem Druck des Unternehmerterrors stehen die organisierten Mitglieder allzu oft nicht „gerade“, sondern „fallen um“, das ist im einzelnen noch besonders ersichtlich durch den mangelhaften Schutz, den die Spitzenorganisation den Mitgliedern gewährt. So sieht z. B. der Streit als gewerkschaftliches Mittel gegen den Theaterunternehmer erst an allerletzter Stelle. Dabei wäre bei der Eigenart des Theaterberufes gerade der Streit in erster Linie geeignet, Erfolge zu erringen. Da doch das Theater ohne den Darsteller ebensowenig existieren kann, wie der Betrieb ohne den Arbeiter, ist leicht zu verstehen, daß kämpferische Propaganda und kämpferische Hilfe, von oben nach unten getragen, schon längst die allgemeine miserable Rechts- und Wirtschaftslage hätten verbessern können. Aber auch hier ist absehbare Reformismus Trumpf! Ein Reformismus, dem man vielleicht zugute halten muß, daß er gutgläubig ist, was an der besonderen von der bestehenden Klasse beeinflussten Lage und der daraus resultierenden mangelhaften politischen Schulung und der realen Fragen des Daseins mehr oder minder fernem Gewissensverfallung der darstellenden Künstlerchaft liegen mag. Der verärgerte und enttäuschte Teil aber wendet sich gegen diesen Reformismus, der getrouet wird durch Gewerkschaftsbürokratismus, Repräsentationshabsucht und Kompromisse mit den „oberen Jehuaußen“ und dem Unternehmertum. Da die gewerkschaftliche Arbeit mangelhaft ist, muß die gewerkschaftliche Hilfe der Organisation gegenüber den erwerbslosen Schauspielern verlagert. Auch und verlagert gegenüber den freien Angestellten des Theaterkapitals auf die Mitglieder und Funktionäre der GDBA usw.

Ein Faktieren ist bei der Bruttolohn mit der der Gegenpartei den Kampf führt, nicht nur falsch (siehe Bühnenkündigungsgesetz), sondern beweislos (siehe Klagen!), ein Faktieren mit dem privatkapitalistischen Gegner ist deshalb sogar ein Verbrechen an einer großen Kategorie von Volksgenossen.

Diese Erkenntnis hat den kommunistisch gerichteten Schauspieler Wolf Gärner (der für die Negativ-reaktionärer Gedanke mit Gehörnis bestrafte) in politische Opposition getrieben, er hat dabei nur aus falscher Einschätzung der Rolle der Organisation heraus eine Splitterorganisation gegründet. Um zu begreifen, wie der an und für sich politisch eifrigere Künstler in diesem Fehler geriet, braucht man sich nur die Frage zu stellen: Wie steht die wirtschaftliche Interessenvertretung, die Genossenschaft Deutscher Bühnangehöriger, zu den brennenden Tagesproblemen des Theaters?

In einem ihrer letzten Rundschreiben nimmt die Genossenschaft dazu Stellung und stellt fest, daß der Krisenstand des Theaters noch lange anhalten werde. Zur Beilegung und

Beämpfung der Massenverelendung unter den Schauspielern fordert die Bühnengewerkschaft zur Veranstaltung von Bühnenfesten auf. Dies ist das einzige, was die Genossenschaft unternimmt, um die andauernde Krise des Theaters zu beilegen. Sie macht ihre Organisation zu einem reinen Unterhaltungsinstrument und entläßt so den Staat auf Kosten der Mitglieder. Die Genossenschaft versteht, daß die im Engagement befindlichen Schauspieler bereits am Ende ihrer Leistungen stehen und eine Auspowerung durch ihre eigenen Organe nur den Bühnenleitungen eine willkommene Handhabe bietet, unter Vorweis auf solche Selbsterhaltung die Not der Schauspieler als nicht gegeben zu beweisen.

Zu diesem Thema gehört auch, daß die Beitragsleistung an die Organisation nicht gestaffelt ist. Es erscheint geradezu einer Gewerkschaft unwürdig, daß der Lohn von 3,50 Mark Monatsbeitrag abgemindert ist. Ob zum Beispiel ein Kapellmeister mit ein paar tausend Mark Monatsgage, freie Wohnung, 1/2 Jahr Ferien, Gastspielverträge und herrliche Nebeneinnahmen hat, oder ob ein Chorist durch Konvention gezwungen ist, nicht über 300 Mark im Monat abzubekommen, bleibt bei der Beitragszahlung gleichgültig. In der Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder verlagert die Genossenschaft vollkommen.

Trotz „Veranstaltung eines Reichstages sticht“, trotz „dauernder Bühnenkrisis mit den Behörden“, ist es ihr zum Beispiel noch nicht einmal gelungen, das deutsche Reichstheatergesetz spruchreif zu machen.

## Veranstaltet Genossenschaftsfeste für die Wohlfahrtsklassen. Helft auf diese Weise die Not der über 3000 erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen lindern!

„Auf diese Weise“ löst die GDBA die Fragen des Tages, die für die Schauspielerszene brennend sind wie nie. Schärfer Widerstand gegen diesen Kurs ist nötig! Mit Bestrebungen, die auf dem Gebiet reiner Wohlfahrtsaufgaben liegen, bringt die GDBA den Schauspielerstand nie aus der finanziellen Abhängigkeit von den kapitalistischen Ausbeutern los.

## Heute

im Gasthof Leuben 20 Uhr  
Vichtbildervortrag:  
Die Frau im Daseinskampf.

## Für die Kinderheime der Roten Hilfe

Der Bezirksverband der Roten Hilfe Ostschlesien hatte an den Rat ein Schreiben gerichtet, in dem er um Beihilfe für die von der Roten Hilfe unterhaltenen Kinderheime in Wörpswede und Egersburg ersucht. Bekanntlich werden in diesen Heimen Kinder von in den deutschen Justizhäusern und Gefängnissen eingekerkerten politischen Gefangenen sowie die Kinder, deren Väter im Kampfe gegen das kapitalistische System gefallen sind, zur Erholung untergebracht. Auf das Schreiben der RH teilt der Rat mit, daß er nach Gehör des Jugendausschusses beschließen habe, das Gehalt der Roten Hilfe um Gewährung einer Beihilfe für ihre Kinderheime in Wörpswede und Egersburg abzulehnen. Der reaktionäre Rat hat keine arbeiterfeindliche Haltung hier wieder einmal ganz unverhüllt gezeigt. Trotz der ablehnenden Haltung des Rates haben die Stadtverordneten beschlossen, 2000 Mark für die Kinderheime in Wörpswede und Egersburg zu bewilligen.

„Jirkus“ im Capitol. Gestern fand die Dresdener Erkaufung von Chaplins „Jirkus“ im Capitol statt. Das den Riesenraum bis auf den letzten Mann füllende Publikum drückte mit dem Applaus und dem Jubel im tosenden Beifall aus. Die Ausführung wurde zu einem für Dresden nur beim „Potemkin“ erlebten Erfolge. Wir werden auf den Inhalt und Sinn dieses Chaplin-Films noch eingehen.

# Reichstanzler-Bismard-Hering und Reichspräsidentensfest!

## Denkmäler nationaler Größe

Zur Einführung: Im republikanischen Deutschland herrscht gegenwärtig bestialischer Verfall. Die Denkmäler, die die deutsche Kulturgeschichte bilden, sind von der Unwissenheit der heutigen Generation zerstört. Die Denkmäler der nationalen Größe sind zerstört. Die Denkmäler der nationalen Größe sind zerstört. Die Denkmäler der nationalen Größe sind zerstört.

Bismard, dem „eisernen Kanzler“, sind in deutschen Landen „einige“ Denkmäler gesetzt worden. Darüber hinaus ist er auch international bekannt und „berühmt“ geworden durch das von ihm geschaffene Sozialistengesetz, und durch seine „sprucklose imperialistische Politik“. Die ihm gelebten Denkmäler werden nicht sehr beachtet von einer jener Zeit fremden Generation — nur der Bismardhering herrscht heute noch im Herzen und im Magen des deutschen Volkes — als etwastündiges Zeichen an jene „große Zeit“. Denkmäler aus Stein und Bronze werden verwüsten und zerbrechen — Bismards Ruhm aber wird erhalten durch den Bismardhering. Gewissenhaften Leuten gilt er als „schamhafte Geschmackslosigkeit“ — aber er wirkt erheitend, wenn man — zum Bismardhering wird der Vieschwebeworter durch die Nordseeheringen. Seine Qualität wirkt. Jeder national-empfindende Deutsche kann ihn nach gewissen angenehmen verbrachten Abenden unbedingte einnehmen. Weistens kann er nicht — sondern er muß. „Herzschmerz und Bismardhering“ sind berührt.

Jetzt hat sich eine deutsche Titima — auf anderer Grundlage — zu einer noch größeren national-republikanischen Tat aufgeschwungen. In verschiedenen republikanischen Tageszeitungen nach verschiedenen republikanischer Art las man in den letzten Tagen folgendes Interzitat:

„Der deutsche Volk „Reichspräsident“, Köhler u. Sohn, Wein- und Sektkellereien, Dresden, Bürgerstraße 10 — Fernruf 13859.“

Sicher werden die Republikaner von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten dieses Interzitat — in dem aber nicht einmal der Name des Reichspräsidenten genannt wird (!) — als „schamlos“ ablehnen. Vielleicht nur — weil der Name des eigentlich gemeinten deutschen Reichspräsidenten auf der Etikette fehlt. Es ist schamlos — auch aus Gründen heraus die ich mit dem Populärwerden und der Propaganda für die Partei dieses oder jenes Reichspräsidenten zusammenhängen. Warum schrieb man nicht den Namen des ersten deutschen Reichspräsidenten auf die Etikette? Der Name hätte besonders in den

# Der Weltkrieg — 2. Teil

„Des Volkes Not“

Der Titel scheint viel zu bescheiden. Man konnte erwarten, daß hier wirklich des Volkes Not gemeint wird, nämlich die Krieg mit seinen Grausamkeiten, mit seinen Verbrechen an der Front und seiner aufreibenden Arbeit und seinem Vandalismus und Elend in der Heimat. Gerade jetzt haben wir in Dresden Gelegenheit, den Krieg und seine Folgen an Hand von sehr gutem Bildmaterial in der Ausstellung „Krieg und Frieden“ zu sehen. Wer aber diese Ausstellung besucht hat und kann zu dem neuen Kino-Film geht der kommt schon bei 2 u. 3 u. 4 u. 5 u. 6 u. 7 u. 8 u. 9 u. 10 u. 11 u. 12 u. 13 u. 14 u. 15 u. 16 u. 17 u. 18 u. 19 u. 20 u. 21 u. 22 u. 23 u. 24 u. 25 u. 26 u. 27 u. 28 u. 29 u. 30 u. 31 u. 32 u. 33 u. 34 u. 35 u. 36 u. 37 u. 38 u. 39 u. 40 u. 41 u. 42 u. 43 u. 44 u. 45 u. 46 u. 47 u. 48 u. 49 u. 50 u. 51 u. 52 u. 53 u. 54 u. 55 u. 56 u. 57 u. 58 u. 59 u. 60 u. 61 u. 62 u. 63 u. 64 u. 65 u. 66 u. 67 u. 68 u. 69 u. 70 u. 71 u. 72 u. 73 u. 74 u. 75 u. 76 u. 77 u. 78 u. 79 u. 80 u. 81 u. 82 u. 83 u. 84 u. 85 u. 86 u. 87 u. 88 u. 89 u. 90 u. 91 u. 92 u. 93 u. 94 u. 95 u. 96 u. 97 u. 98 u. 99 u. 100 u. 101 u. 102 u. 103 u. 104 u. 105 u. 106 u. 107 u. 108 u. 109 u. 110 u. 111 u. 112 u. 113 u. 114 u. 115 u. 116 u. 117 u. 118 u. 119 u. 120 u. 121 u. 122 u. 123 u. 124 u. 125 u. 126 u. 127 u. 128 u. 129 u. 130 u. 131 u. 132 u. 133 u. 134 u. 135 u. 136 u. 137 u. 138 u. 139 u. 140 u. 141 u. 142 u. 143 u. 144 u. 145 u. 146 u. 147 u. 148 u. 149 u. 150 u. 151 u. 152 u. 153 u. 154 u. 155 u. 156 u. 157 u. 158 u. 159 u. 160 u. 161 u. 162 u. 163 u. 164 u. 165 u. 166 u. 167 u. 168 u. 169 u. 170 u. 171 u. 172 u. 173 u. 174 u. 175 u. 176 u. 177 u. 178 u. 179 u. 180 u. 181 u. 182 u. 183 u. 184 u. 185 u. 186 u. 187 u. 188 u. 189 u. 190 u. 191 u. 192 u. 193 u. 194 u. 195 u. 196 u. 197 u. 198 u. 199 u. 200 u. 201 u. 202 u. 203 u. 204 u. 205 u. 206 u. 207 u. 208 u. 209 u. 210 u. 211 u. 212 u. 213 u. 214 u. 215 u. 216 u. 217 u. 218 u. 219 u. 220 u. 221 u. 222 u. 223 u. 224 u. 225 u. 226 u. 227 u. 228 u. 229 u. 230 u. 231 u. 232 u. 233 u. 234 u. 235 u. 236 u. 237 u. 238 u. 239 u. 240 u. 241 u. 242 u. 243 u. 244 u. 245 u. 246 u. 247 u. 248 u. 249 u. 250 u. 251 u. 252 u. 253 u. 254 u. 255 u. 256 u. 257 u. 258 u. 259 u. 260 u. 261 u. 262 u. 263 u. 264 u. 265 u. 266 u. 267 u. 268 u. 269 u. 270 u. 271 u. 272 u. 273 u. 274 u. 275 u. 276 u. 277 u. 278 u. 279 u. 280 u. 281 u. 282 u. 283 u. 284 u. 285 u. 286 u. 287 u. 288 u. 289 u. 290 u. 291 u. 292 u. 293 u. 294 u. 295 u. 296 u. 297 u. 298 u. 299 u. 300 u. 301 u. 302 u. 303 u. 304 u. 305 u. 306 u. 307 u. 308 u. 309 u. 310 u. 311 u. 312 u. 313 u. 314 u. 315 u. 316 u. 317 u. 318 u. 319 u. 320 u. 321 u. 322 u. 323 u. 324 u. 325 u. 326 u. 327 u. 328 u. 329 u. 330 u. 331 u. 332 u. 333 u. 334 u. 335 u. 336 u. 337 u. 338 u. 339 u. 340 u. 341 u. 342 u. 343 u. 344 u. 345 u. 346 u. 347 u. 348 u. 349 u. 350 u. 351 u. 352 u. 353 u. 354 u. 355 u. 356 u. 357 u. 358 u. 359 u. 360 u. 361 u. 362 u. 363 u. 364 u. 365 u. 366 u. 367 u. 368 u. 369 u. 370 u. 371 u. 372 u. 373 u. 374 u. 375 u. 376 u. 377 u. 378 u. 379 u. 380 u. 381 u. 382 u. 383 u. 384 u. 385 u. 386 u. 387 u. 388 u. 389 u. 390 u. 391 u. 392 u. 393 u. 394 u. 395 u. 396 u. 397 u. 398 u. 399 u. 400 u. 401 u. 402 u. 403 u. 404 u. 405 u. 406 u. 407 u. 408 u. 409 u. 410 u. 411 u. 412 u. 413 u. 414 u. 415 u. 416 u. 417 u. 418 u. 419 u. 420 u. 421 u. 422 u. 423 u. 424 u. 425 u. 426 u. 427 u. 428 u. 429 u. 430 u. 431 u. 432 u. 433 u. 434 u. 435 u. 436 u. 437 u. 438 u. 439 u. 440 u. 441 u. 442 u. 443 u. 444 u. 445 u. 446 u. 447 u. 448 u. 449 u. 450 u. 451 u. 452 u. 453 u. 454 u. 455 u. 456 u. 457 u. 458 u. 459 u. 460 u. 461 u. 462 u. 463 u. 464 u. 465 u. 466 u. 467 u. 468 u. 469 u. 470 u. 471 u. 472 u. 473 u. 474 u. 475 u. 476 u. 477 u. 478 u. 479 u. 480 u. 481 u. 482 u. 483 u. 484 u. 485 u. 486 u. 487 u. 488 u. 489 u. 490 u. 491 u. 492 u. 493 u. 494 u. 495 u. 496 u. 497 u. 498 u. 499 u. 500 u. 501 u. 502 u. 503 u. 504 u. 505 u. 506 u. 507 u. 508 u. 509 u. 510 u. 511 u. 512 u. 513 u. 514 u. 515 u. 516 u. 517 u. 518 u. 519 u. 520 u. 521 u. 522 u. 523 u. 524 u. 525 u. 526 u. 527 u. 528 u. 529 u. 530 u. 531 u. 532 u. 533 u. 534 u. 535 u. 536 u. 537 u. 538 u. 539 u. 540 u. 541 u. 542 u. 543 u. 544 u. 545 u. 546 u. 547 u. 548 u. 549 u. 550 u. 551 u. 552 u. 553 u. 554 u. 555 u. 556 u. 557 u. 558 u. 559 u. 560 u. 561 u. 562 u. 563 u. 564 u. 565 u. 566 u. 567 u. 568 u. 569 u. 570 u. 571 u. 572 u. 573 u. 574 u. 575 u. 576 u. 577 u. 578 u. 579 u. 580 u. 581 u. 582 u. 583 u. 584 u. 585 u. 586 u. 587 u. 588 u. 589 u. 590 u. 591 u. 592 u. 593 u. 594 u. 595 u. 596 u. 597 u. 598 u. 599 u. 600 u. 601 u. 602 u. 603 u. 604 u. 605 u. 606 u. 607 u. 608 u. 609 u. 610 u. 611 u. 612 u. 613 u. 614 u. 615 u. 616 u. 617 u. 618 u. 619 u. 620 u. 621 u. 622 u. 623 u. 624 u. 625 u. 626 u. 627 u. 628 u. 629 u. 630 u. 631 u. 632 u. 633 u. 634 u. 635 u. 636 u. 637 u. 638 u. 639 u. 640 u. 641 u. 642 u. 643 u. 644 u. 645 u. 646 u. 647 u. 648 u. 649 u. 650 u. 651 u. 652 u. 653 u. 654 u. 655 u. 656 u. 657 u. 658 u. 659 u. 660 u. 661 u. 662 u. 663 u. 664 u. 665 u. 666 u. 667 u. 668 u. 669 u. 670 u. 671 u. 672 u. 673 u. 674 u. 675 u. 676 u. 677 u. 678 u. 679 u. 680 u. 681 u. 682 u. 683 u. 684 u. 685 u. 686 u. 687 u. 688 u. 689 u. 690 u. 691 u. 692 u. 693 u. 694 u. 695 u. 696 u. 697 u. 698 u. 699 u. 700 u. 701 u. 702 u. 703 u. 704 u. 705 u. 706 u. 707 u. 708 u. 709 u. 710 u. 711 u. 712 u. 713 u. 714 u. 715 u. 716 u. 717 u. 718 u. 719 u. 720 u. 721 u. 722 u. 723 u. 724 u. 725 u. 726 u. 727 u. 728 u. 729 u. 730 u. 731 u. 732 u. 733 u. 734 u. 735 u. 736 u. 737 u. 738 u. 739 u. 740 u. 741 u. 742 u. 743 u. 744 u. 745 u. 746 u. 747 u. 748 u. 749 u. 750 u. 751 u. 752 u. 753 u. 754 u. 755 u. 756 u. 757 u. 758 u. 759 u. 760 u. 761 u. 762 u. 763 u. 764 u. 765 u. 766 u. 767 u. 768 u. 769 u. 770 u. 771 u. 772 u. 773 u. 774 u. 775 u. 776 u. 777 u. 778 u. 779 u. 780 u. 781 u. 782 u. 783 u. 784 u. 785 u. 786 u. 787 u. 788 u. 789 u. 790 u. 791 u. 792 u. 793 u. 794 u. 795 u. 796 u. 797 u. 798 u. 799 u. 800 u. 801 u. 802 u. 803 u. 804 u. 805 u. 806 u. 807 u. 808 u. 809 u. 810 u. 811 u. 812 u. 813 u. 814 u. 815 u. 816 u. 817 u. 818 u. 819 u. 820 u. 821 u. 822 u. 823 u. 824 u. 825 u. 826 u. 827 u. 828 u. 829 u. 830 u. 831 u. 832 u. 833 u. 834 u. 835 u. 836 u. 837 u. 838 u. 839 u. 840 u. 841 u. 842 u. 843 u. 844 u. 845 u. 846 u. 847 u. 848 u. 849 u. 850 u. 851 u. 852 u. 853 u. 854 u. 855 u. 856 u. 857 u. 858 u. 859 u. 860 u. 861 u. 862 u. 863 u. 864 u. 865 u. 866 u. 867 u. 868 u. 869 u. 870 u. 871 u. 872 u. 873 u. 874 u. 875 u. 876 u. 877 u. 878 u. 879 u. 880 u. 881 u. 882 u. 883 u. 884 u. 885 u. 886 u. 887 u. 888 u. 889 u. 890 u. 891 u. 892 u. 893 u. 894 u. 895 u. 896 u. 897 u. 898 u. 899 u. 900 u. 901 u. 902 u. 903 u. 904 u. 905 u. 906 u. 907 u. 908 u. 909 u. 910 u. 911 u. 912 u. 913 u. 914 u. 915 u. 916 u. 917 u. 918 u. 919 u. 920 u. 921 u. 922 u. 923 u. 924 u. 925 u. 926 u. 927 u. 928 u. 929 u. 930 u. 931 u. 932 u. 933 u. 934 u. 935 u. 936 u. 937 u. 938 u. 939 u. 940 u. 941 u. 942 u. 943 u. 944 u. 945 u. 946 u. 947 u. 948 u. 949 u. 950 u. 951 u. 952 u. 953 u. 954 u. 955 u. 956 u. 957 u. 958 u. 959 u. 960 u. 961 u. 962 u. 963 u. 964 u. 965 u. 966 u. 967 u. 968 u. 969 u. 970 u. 971 u. 972 u. 973 u. 974 u. 975 u. 976 u. 977 u. 978 u. 979 u. 980 u. 981 u. 982 u. 983 u. 984 u. 985 u. 986 u. 987 u. 988 u. 989 u. 990 u. 991 u. 992 u. 993 u. 994 u. 995 u. 996 u. 997 u. 998 u. 999 u. 1000

Was zeigt der Film? Eine zusammenfassende Darstellung der Kriegshandlungen 1915 bis Ende 1916, in sehr allgemeiner Darstellung der Schlachten und ebenso guten Kartendarstellungen. Aber das ist auch schon alles. Des Volkes Not zeigt er nicht. Denn dann müßte er eine einzige Aufgabe sein gegen den Krieg, dann müßte er revolutionär sein. Statt dessen bringt er aus in ein Lob auf den Krieg als „Grosstat des deutschen Volkes“. Man bezeichnet die größte Wahnsinnstat der Geschichte als „Heldentat des deutschen Volkes“, und in Wirklichkeit vertritt man damit wieder den Krieg und macht Stimmung für den nächsten

Der französische Oberst Picot hat während des Krieges einen Film gedreht, bei dessen Aufnahme 3 Operateure gefallen sind. Sie haben sich nicht gehütet, heranzugehen an die Taten des Krieges. Unter Einlage ihres Lebens haben sie dafür gezeigt, daß der Nachwelt das wahre Gesicht des Krieges gezeigt werden kann als abstraktes Beispiel. Dieser Film wurde kürzlich in Paris gezeigt. Es wäre zu wünschen man könnte ihn hier ebenfalls sehen. Da wird ganz unwillkürlich beim Anblick der langen Wundspalten „früher“ Regimenter, die der Militarismus kaltblütig in den Tod hegt, wieder das Gesicht auftauchen: Wir drögen nicht mehr auf unsere Brüder! Wir drehen die Waffen um und richten sie auf jene, die uns all diese Ungeheuerlichkeiten befehlen.

## Drei arme kleine Mädels

Diese neueste Operette Walter Kollos ist eigentlich mehr Volksstück als Operette. Die Musik ist gefällig, nur spärlichen Anleihen aus früheren Werken Kollos einen gewissen Einfluss auf verschiedene Melodien auszuüben. Die Tendenz des ganzen Stückes liegt so recht die Verlogenheit der heute herrschenden Klasse. Die Heiligfett der Ehe von der jetzt so viel im Reichstag von den bürgerlichen Parteien gefordert wird, wird in diesem Stück von derselben Gesellschaft als reines Geldstück zur Sanierung verdrachter Existenzen dargestellt. Regie und Darstellung waren rechtlich bemüht, dem Publikum etwas zu bieten, was auch durchaus gelang. Besonders das temperamentvolle Spiel des Schütters und der kleinen Annette fanden ungeteilten Beifall. Es war kurzweilig und nett.

In den M.-S.-Theatern sieht man einen Tom-Mir-Film, „Die große Circusnummer“. Im Programmheft steht als Schlußsatz: „Der Herricht kommt gerade zur rechten Zeit, um Kalkun zu verhaften. Jane eilt in die Arme ihres Tom“. Also: sie kriegen ihn — den Ferkel; sie kriegen sich — heiraten. Man nennt das „schönes Ende“. Tom und Jane reuerten trotz aller Zwischenfälle mit solcher „Zügellosigkeit“ auf dies „schöne Ende“ zu — daß man dann am Ende endlich „befriedigt“ geht und nur den „banalen“ Wunsch hat, die vorher gezeigten Kalkunsaufnahmen müßten 5000-Meter-Filmstreifen haben. Will.

Öffentliche Sitzung des Schulausschusses Mittwoch den 7. März 1928, 17 Uhr, im Stadthaus, Theaterstraße 13, III. Zimmer 328. Es kommen unter anderem zur Beratung das Ortsgelehr über Unterrichtsangelegenheiten und Schulwanderungen an Volksschulen und Hörschulen, sowie Haushaltsplanberatung.

Kinderleiche aufgefunden. Am 3. März gegen 8,15 Uhr wurde in Vorstadt Cotta hinter einem Sandhaufen an der Elbe unweit der Wehrerhöhung die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden.

bürgerlichen Kreisen für die Popularität des leider viel zu früh dahingegangenen deutschen Mannes gefordert — das undankbare lehrerliche Volk! beginnt ihn zu vergessen. Oder: warum schrieb man nicht den Namen Hindenburg auf den Keimen unheimlichen Zettel? Der Name Hindenburg bürgt für Qualität — auch dem Sektrinken. Wenn der Zettel fliekt, würde vielleicht mancher frühere Offizier an die glorreichen Tage denken — an denen Arme und Reiche gemeinsam auf dem Altar des Vaterlandes ihr Blut für die Ehre ließen. Symbolischer Ausdruck dessen, was war. Aber wenn man sich schon nicht auf einen dieser beiden Würdigen einigen konnte, so hätte man sie eben bei de auf der Etikette der Selbsttätigkeit verewigen müssen. Gemeinames ist doch soviel vorhanden — Treue zu Volk und Vaterland. usw. Aber man ließ den Namen offen und das ist eine ungeheuerliche Geschmackslosigkeit. Sicher werden unsere Sozialdemokraten über diese Geschmackslosigkeit empört sein. In den schwarz-rot-goldenen defektorierten Redaktionen wird man die Köpfe schütteln und vielleicht einige Glaffen machen. als Abwehrung. (Die „wissenschaftlichen“ Abhandlungen ungenannter wissenschaftlicher Größen über den „russischen Schnapstein“ die wir letzthin z. B. in der DZ lasen, werden nicht von allen Lesern der Sozi-Brosche vorbehaltlos geschätzt.) Aber all diese Empörung unserer Republikaner wird sozialdemokratische Führer — ob sie als Minister, Volkspräsidenten auf Wägen oder als Journalisten auf Kunststücken anwerdend sind — nicht davon abhalten, bei gelegentlichen Gelegenheiten republikanischen Satz sehr schamlos zu finden. Es ist sogar wahrscheinlich, daß diese Republikaner, wenn sie „voll“ sind, einen gründlichen Streit um die wichtige Frage entstehen: welcher von den Reichspräsidenten nun eigentlich der „republikanische“ ist und welchem von ihnen die Ehre zukommt, durch die Selbsttätigkeit in bürgerlichen Kreisen Eindruck zu machen. Aber man steht: ein Zeitproblem, von dessen Klärung alle echten Republikaner im Interesse des Ansehens der Republik und ihres höchsten Vertreters noch lange debattieren, taufen und laufen werden — wenn es das Objekt unter sich studieren. Ich bin nicht genügend Sektrinker und Republikaner, um diesen „Argentkomplex“ befriedigend zu lösen. Das Allgemeininteresse verlangt aber, daß eine Klärung bald eintreten muß. Vielleicht wird die Frage auch noch gelöst. Wenn ich Willensharter in den Spalten der Sozi-Presse mit dem „russischen Schnapstein“ beschäftigt, dann müßte deren Objektivität eben auch gelingen, für den Reichspräsidenten den richtigen „Titular“ zu finden. Carolus











# Eine sächsische Gewerkschaftskonferenz

## Leipziger spricht in Dresden / Wirtschaftsdemokratie, die Lösung der Führer / Kampf muß die Lösung sein

Am Freitag dem 2. März fand im Volkshaus Dresden eine Gewerkschaftskonferenz des Bezirksausschusses des ADGB Sachsens statt. Zu dieser Konferenz waren auch Vertreter der einzelnen Gewerkschaften geladen. Die Tagesordnung war:

1. Das Werden einer neuen Wirtschaftsform und -verfassung; Verwaltungsorgan und Rechtsprechung in der Arbeitslosenversicherung;
2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung sprach Leipziger, über den zweiten Ministerialrat Dr. Juchacz, Berlin.

Der Vorsitzende Arndt begrüßte nach Eröffnung der Konferenz den Vorsitzenden des ADGB, Leipziger, besonders aber auch den sächsischen Arbeitsminister Eisner, wobei er rühmend hervorhob, daß Eisner noch Mitglied der freien Gewerkschaften sei. Er legte lehrhaft, da Eisner während seiner Tätigkeit als Arbeitsminister nichts weiter getan hat, als die Interessen der freigeschäftlich organisierten Arbeiter mit Hügen zu treten.

Leipziger ging in seinem Referat davon aus, daß in Breslau auf dem Gewerkschaftskongress die Forderung der Wirtschafts-demokratie erhoben worden sei. Sie sei das Ideal, um die Arbeiterklasse vorwärtszuführen. Allerdings haben die Verhandlungen in Breslau nicht das gebracht, was man ursprünglich davon erwartet habe. Weiber die Frage der Wirtschafts-demokratie herrsche noch sehr viel Unklarheit. Leipziger führte zum Beispiel an, daß Dr. Hermendorf in Leipzig geäußert habe, daß auf Unklarheit über die Wirtschafts-demokratie bestehe. Nach der Auffassung Hermendorfs sei dieselbe nur zu erreichen, wenn die bestehende Staatsform durch eine andere (die sozialistische) ersetzt sei. Nach Hermendorf sei Wirtschafts-demokratie gleichbedeutend mit Sozialismus. Die Gewerkschaften hätten sich das aber anders gedacht. Durch den Gewerkschaftskongress 1919 in Nürnberg ist die Reichsverfassung wesentlich mit beeinflußt worden. So habe zum Beispiel der Kongress gefordert, daß Wirtschaft und Staat in sich geschlossen werden müssen, was auch gefordert sei. Nur vermag er hinzuweisen, daß all diese Wirtschaftsformen und sonstige wirtschaftliche Einrichtungen in kapitalistischen Staatssystemen der Arbeiterklasse nutzlos seien. Hilferding habe in Kiel auf dem Parteitag der SPD erklärt, daß wir gegenwärtig nicht mehr die alte Wirtschaftsform hätten. Auch Leipziger stellt sich auf den Standpunkt und glaubt, daß wir gegenwärtig im Werden einer neuen Wirtschaftsform leben. Man müsse jetzt die vom Kapitalisten regierte Wirtschaft zu einer „vom Staat“ geleiteten Wirtschaft machen. Aber diese kann in der heutigen Zeit, das dürfte auch den ADGB-Führern einfallen, niemals zum Vorteil der Arbeiterklasse gereichen, da nur die organisierte kapitalistische Wirtschaft haben und die kapitalistische Gesellschaft niemals daran denken kann und wird, einfach ihren übertragenden Einfluß zugunsten der breitesten Arbeiterschichten preiszugeben.

Leipziger wirft dann einen ungeheuren Fragenkomplex auf, der aber in seinem Referat eine Prämienantwort nicht fand. Wie soll sich die Wirtschafts-demokratie entwickeln? Was soll an ihre Stelle treten? Führt die Wirtschafts-demokratie zum Sozialismus? Kann sich die Wirtschafts-demokratie in Deutschland durchsetzen? Welche Wege sind zu beschreiten, um die Wirtschafts-demokratie durchzuführen? All diese Fragen stellte Leipziger, blieb aber die Antwort darauf schuldig. Nichts war die von ihm vertretene Auffassung, daß der Reichsverband der Industriellen die Wirtschafts-führung in Deutschland ausübt. Aber selbst der Reichsverband denkt nicht daran, den freien Gewerkschaften auf Grund ihrer wirtschaftlichen Leistungen irgendwelche Konzessionen zu machen. Die Wirtschaft von den Profitinteressen freizumachen, dazu führt der von den Gewerkschaften beschrittene Weg nicht.

Nicht Wirtschafts-demokratie, sondern härtester Klassenkampf mit allen gewerkschaftlichen und politischen Mitteln ist notwendig, wenn die Verhältnisse für die Arbeiterklasse gebessert werden sollen.

Weiter wies Leipziger auf die bestehenden Eigenschaften der Wirtschafts-unterschieden der Gewerkschaften hin. Besonders erwähnte er die Arbeiterbank, die heute schon entscheidend auf dem Sozialistennarkt eingreife. Die Gewerkschaftsvertreter seien bereits in den verschiedenen Verwaltungsvorständen vertreten, woraus sich ergebe, daß die Forderung nach der Wirtschafts-demokratie richtig ist. Daß aber diese Mitwirkung nur möglich ist im Rahmen der bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Geistes, das laute Leipziger nicht. Im Anschluß daran referierte er Professor Dr. Höttinger-Aankfurt a. M., der die Wirtschafts-demokratie als Vorwand zur sozialistischen Wirtschaft betrachtet. Ein Beweis dafür, daß die Einstellung der Gewerkschaften gegenwärtig richtig sei, erhebe sich auch daraus, daß die christlichen und bürgerlichen Gewerkschaften ebenfalls die Wirtschafts-demokratie fordern. Uns will allerdings scheinen, daß diese Forderung gerade deshalb falsch ist. Dann erklärt Leipziger ganz offen: Wirtschafts-demokratie ist das, was im § 155 der Reichsverfassung niedergelegt ist. Es ist möglich, die Verwirklichung der Wirtschafts-demokratie auf diesem Wege durchzuführen. Die Auffassung, daß dies durch eine politische Umwälzung möglich sei, könne nicht mehr maßgebend sein. Ein Eindringen in die Wirtschaft sei nur auf gewaltlichem Wege möglich, wobei das Mit-

bestimmungsrecht der Gewerkschaften zu Anerkennung zu bringen sei.

In der Debatte sprach der Genosse Nagel-Leipzig. Er stellte zunächst fest, daß selbst in den führenden Kreisen der Gewerkschaften ja selbst unter den wissenschaftlichen Köpfen eine einheitliche Meinung über die Wirtschafts-demokratie noch nicht bestehe. In Hand der Stellungnahme Dr. Hermendorfs als auch Professor Dr. Höttinger wies er nach, daß gerade zwei anerkannte führende Wirtschafts-theoretiker der Gewerkschaften verschiedener Meinung seien. Die Mitwirkung der Arbeiter und Angehörigen der Wirtschafts-führung, wie sie der Breslauer Gewerkschaftskongress gefordert habe, sei im kapitalistischen Staat nicht durchführbar. Eine demokratische Wirtschaftsverwaltung, wie sie Leipziger glaubt jetzt einführen zu können, bestehe er als eine Unmöglichkeit hin. Im kapitalistischen Staate werden die Vertreter des Profits, der Konzerns und sonstiger großer Industrieunternehmen alles tun, um eine demokratische Wirtschaftsreform zu verhindern. Eingehend auf die Ausführungen Hilferdings in Kiel erklärte er, daß die alte Wirtschaftsform heute noch bestehe, und im Laufe der Jahre sich immer mehr festigt habe. Dies sei nur möglich gewesen, weil die Gewerkschaften ihren Klassenkampf eine Bürgerkriegs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik getrieben haben. Der Reichsverband der deutschen Industriellen werde mit allen Mitteln die kapitalistische Wirtschaft verteidigen. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer haben sich den Verhältnissen nur soweit angepaßt, soweit es zur Erhaltung ihrer Machtverhältnisse notwendig war. Eine Mitwirkung der Gewerkschaften sei nur im Rahmen der bestehenden bürgerlichen Geistes möglich. Genosse Nagel führte weiter aus, daß die Verwirklichung nur durch eine politische Umwälzung, durch den härtesten Kampf der Arbeiter als Klasse möglich sei. Nicht über die sogenannte Wirtschafts-demokratie, sondern nur auf dem Wege des Klassenkampfes ist ein sozialistisches Staatssystem möglich. Er erblüht in der gegenwärtigen Zeit nicht das Werden einer neuen Wirtschaftsform und Verfassung, sondern eine Festigung des alten kapitalistischen Systems mit neuen Mitteln.

Der Vorsitzende Arndt verbatte den Genossen Nagel zu unterbrechen, indem er anführte, daß man einen Korreferenten, zumal einen kommunikativen Redakteur, nicht geladen habe. Obwohl auf diese Weise eine Vorgesprächung erzeugt wurde, sprach Genosse Nagel weiter. Immerhin war dieser Zwischenfall ein Beweis, daß eine oppositionelle Meinung höchst unangenehm empfunden wird. Bezeichnend war, daß Leipziger trotz der Ausführungen des Genossen Nagel auf ein Schlußwort verzichtete. Es ist auch schwer, die politischen Argumente der Opposition zu entstricken. Ganz gewiß war es kein Zeichen der Stärke.

Im zweiten Tagesordnungspunkte behandelte Ministerialrat Dr. Juchacz die Verwaltungsorgan und die Rechtsprechung der Arbeitslosenversicherung. Sein Referat war aufgebaut auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen vom Standpunkt der Regierung aus.

Besonders wichtig waren die Ausführungen in der Debatte. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses, Arndt, legte eine Entschiedenheit vor, in der verlangt wird, die dreitägige Wartezeit bei Erwerbslosigkeit beizubehalten, da dieselbe auf sieben Tage verlängert werden soll. Siegnast, Chemnitz, bezeichnet im Gegenzug zu Arndt die dreitägige Wartezeit als den bestehenden Normalzustand. Ein Eisenbahner führte einige traurige Beispiele über die Auswirkung der Erwerbslosenversicherung an. Es

handelt sich besonders um Eisenbahner bei der Bahn, die nur 1 1/2 Jahr beschäftigt werden können im Grenzgebiet der Lichschloßmühle wohnen. Ihre Versicherungsbeiträge an die deutsche Reichsbahn-AG zahlen und keine Erwerbslosenunterstützung erhalten. Dasselbe trifft zu auf Tausende von Arbeitern in der Leipziger Textilindustrie. 31 m e r a n n, Leipzig, bezeichnet das Gesetz für Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenunterstützung als ein Ausnahmengesetz schlimmster Art. Besonders wies er hin auf die Landarbeiter aus, die heute ebenfalls Söldnerarbeiter geworden seien, aber eine Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten. Der Arbeiter gebe deshalb nicht mehr auf Land zurück. Die von Arndt vorgelegte Entschiedenheit betreffs der Wartezeit wurde gegen eine Stimme angenommen. Genosse Nagel erklärte dazu, daß die Arbeiterklasse im Rangemittel verlangt, die Wartezeit überhaupt zu beseitigen. Aus diesem Grunde sei er gegen die Entschiedenheit.

Zum Schluß sprach Arndt noch kurz über den Konflikt im Sächsischen Landesarbeitsamt, der eine Belassung gefunden hat. Weiter betont er, daß die Wahlen zu den Ausschüssen der Landesversicherung nicht stattfinden und verurteilt worden sei, mit den Christen und bürgerlichen Führern auf Grund des bisherigen Zustandes eine Einheitsliste herzustellen und Wahlen zu verhindern. Dies sei aber an den Tisch der Gewerkschaften geschleitet. Aus diesem Grunde werde die Wahl ausgetragen werden müssen. Wir sind der Auffassung, daß eine solche Stellungnahme einfach unverständlich ist. Nicht Bündnis mit den gelben christlichen Gewerkschaften, sondern härtester Kampf gegen sie zu jeder Zeit und Stunde müßte die Parole der freien Gewerkschaften sein.

Nach einigen kurzen Schlußbemerkungen wurde dann die Konferenz geschlossen.

Deutlicher denn je kam hier zum Ausdruck, daß der Kampf gegen die Gewerkschaftsopposition von den Führern mit verschiedenen Mitteln fortgesetzt wird. Aus diesem Grunde muß die freigeschäftlich organisierte Arbeiterklasse auf dem Posten sein und mit allen Mitteln dafür eintreten, daß auch die Stimme der Opposition auf allen Konferenzen zum Ausdruck kommt. Ob die Führer wollen oder nicht, die Arbeitermassen werden mit allen Kräften daran arbeiten, daß aus den heutigen reformistischen Gewerkschaften wahre Organe des Klassenkampfes entstehen werden.

## Die Antwort Dorbmüllers auf die Forderungen der Eisenbahner

Am Sonnabend dem 3. März haben zwischen der Hauptverwaltung und den Tarifgewerkschaften Verhandlungen stattgefunden, die wie vorausgesehen war, ergebnislos verliefen sind. Selbst die von den Tarifgewerkschaften gestellten minimalen Forderungen wurden von dem Vertreter der Hauptverwaltung, Dr. Wehrauch, mit dem Bemerkten abgelehnt, daß sie keine Verhandlungsbasis darstellen. Die Verwaltung könne kein Angebot machen. Sie empfiehlt den Organisationsvertretern, den Schlichter anzurufen. Der Vorwärts nennt das Auftreten Wehrauchs ein unqualifizierbares Verhalten und schreibt dann:

Es ist tatsächlich bisher noch nicht begreifbar, daß man der Arbeiterklasse auf ihre berechtigten Forderungen eine so ablehnende Antwort gegeben habe.

Der Vorwärts hat leider, wie immer, vergessen, daß derselbe Oberbürgermeister Dr. Wehrauch bei den Verhandlungen über die zwischenzeitliche Lohnerhöhung den Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärte:

„Es ist zwecklos, noch über allgemeine Aufbesserung zu reden. Sollen die Gewerkschaften die Forderungen austreten, so kann sie niemand daran hindern.“

Die Tarifgewerkschaften fügten sich, trotzdem der Einheitsverband keinen Mitgliedern gegenüber erklärt hatte, daß unter allen Umständen eine allgemeine Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner erfolgen müsse, bevor der Winter vorübergehe. Das eindeutige Ergebnis der Dreitagesunterhandlung war das Resultat.

Wenn die Reichsbahnleitung von den Tarifgewerkschaften jetzt den Schlichter empfiehlt und sie selbst mit dem Reichsarbeitsminister wegen Einleitung eines Schlichtungsverfahrens in Verbindung treten will, so weiß sie sehr gut, daß der Schlichter wie in allen Lohn- und Arbeitszeitkämpfen im Interesse der Reichsbahnverwaltung eine Entscheidung treffen wird. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Schlichtungsverfahren verpflichten die Eisenbahner, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch gegen den Schlichter zu führen. Die ablehnende Haltung der Reichsbahnverwaltung ist das Signal zum Kampf, zu dem die Eisenbahner alle Vorbereitungen treffen müssen.



Metallarbeiter-Aussperrung in Berlin  
Diskutierende Aussperrte vor Siemens

Fortsetzung 18

# PASSAGIERE

## DER III. KLASSE

ROMAN VON KURT KLÄBER

„Was bringt meine Klasse dagegen auf?“ sprach der Engländer schneller, als er sah, daß der Amerikaner die Hand erhob und etwas sagen wollte. „Nichts! Das einzige, was sie tun, ist, sie härten die Polster, das Militär. Sie kaufen Gole und Stoffe auf. Sie umgeben sich mit einem Haufen von Menschen, der ihnen Besitz und ihre Trägheit verteidigen soll. Aber was bedeutet das gegen den Anmarsch der unteren Klassen? Was bedeutet das überhaupt gegen den Anmarsch und die Wandlungen des Menschen? Die Toten werden sich höher häufen, das wird gewalttätiger gehen, wenn der Vormarsch beginnt. Das wird aber auch die Nacht größer sein!“

„Du hast also gar keine Hoffnung, daß sich diese Klasse noch wandelt?“ wandte der Amerikaner ein. „Dah sie spüren, daß ihre Rechte untergraben sind, nicht nur durch die Klassen, sondern durch die Zeit!“

Der Engländer lächelte schmerzhaft. „Ich habe mich geändert, das ist aber weniger meine Schuld als die meines Bruders und meiner Schwester. Wie kommen auch von Bauern ab, nicht leicht ist es mir darum leichter geworden. Sonst hat die Aristokratie nur einen Gedanken: Verteidigung. Sicher, sie weiß so gut wie ich, daß ihre Verteidigungslinie schwach ist, und selbst wenn sie einmal zerstört werden wird. Aber es ist zu altes Blut in ihnen. Wenn sie schon untergehen müssen, sie wollen auf ihren Posten untergehen. Sie leben dem Heroismus und ihren Illusionen entgegen. Stürmt! Schreit sie, wir werden uns verteidigen. Und wenn wir auch fallen, wir besitzen noch so viel

Stärke und Größe, um euch mit herabzurufen. Denn was wollt ihr! Ein England ohne unsere Herrschaft, das ist genau so wahnwitzig wie ein Himmel ohne Gott!“

Der Engländer war schwach geworden von seiner langen Rede. Er sah auch ganz blaß und lächelte aus und trat zurück. Der Amerikaner sah ihn noch immer an, schob nachdenklich seine Brille nach oben und tat ein paar Schritte, um ihm nachzugehen, aber der Franzose, der den beiden zugehört hatte, trat dazwischen und hielt ihn auf.

„Der Mann hat recht!“ sagte er mit seiner häßlichen Stimme. „Es ist nicht allein der englische Aristokrat, der mit seinem Untergang ein ganzes Volk in die Tiefe reißen will. In diesem Amerika und in den übrigen Staaten ist es genau so. Überall glauben diese Brüder, die von ihrer Geburt an mit dem Hintern auf Gold gefahren haben, daß sie nun auf den Füßen, in den Fabriken oder auf dem Lande hocken, sie hätten das Recht des Reichthums und des Herrschens schon bei der Erschaffung der Erde als Privileg bekommen!“

„Aber“, er kuckte auf und spie eine Wolke von Schnaps und Blut auf den Fußboden, „auch ihr Ende kommt. Denn es gibt niemand auf der Erde, an dem man nicht rütteln könnte. Und es sind nicht die ersten, die man von hohen Sitzen herunterholt!“

Der Amerikaner antwortete nicht gleich. Das gelbe von zwei roten Punkten betupfte Gesicht der Franzosen hatte ihn erschüttert. „Du halt recht“, sagte er dann, „und ich glaube an Ihren Untergang. Wird es aber danach besser? Heute herrscht der, und morgen herrscht jener. Die Menschen sind seit der Erschaffung der Erde nicht glücklicher, sondern unglücklicher geworden.“

Der Franzose sah den Amerikaner erstaunt an. Er hatte eine andere Antwort erwartet und wußte nicht gleich, was er dem Beirilligen sagen sollte.

Der sprach bereits weiter: „Wer hat nicht schon alles das Zepher geschwungen. Die Bauern, die Städte, die Kirchen, die Fürsten, das Kapital! Was suchen sie aber alle? Ihren Ruhen!“

Der Franzose hob sich ein wenig. Er war erregt, und seine Badenidee wurden röter. „Aber wir!“ hüpfte er. „Wir sind doch die Arbeiter!“ „Nicht das nicht!“ Die ganze Schichtarbeit soll ausgerottet werden! Der Reichthum der Reichen, die Kirche, es wird nur noch eines geben, er küßte seine Hände nach vorn und erhob seine Stimme lauter: „Die Freiheit!“

Gegen elf Uhr wurde aufgebrochen. Die einzelnen Gruppen zerstreuten sich wenigstens. Zuerst ging der Heilige hinaus. Er hatte den ganzen Abend an einem Fenster gestanden und in die Nacht gelehnt. Sein Gesicht war noch immer verfinstert, die Augen kaum geöffnet.

„Del!“ sagte der Deutsche, der sah den anderen wieder genähert hatte und neben dem Schatten stand. „Ich habe ihn beobachtet. Ich habe auch versucht, ihn anzusprechen, aber er ist ausgeknöpft, als wäre er oben und unten abgebandert. Nur manchmal macht er selber das Maul auf. Weißt du, was er dann sagt?“ Er stammte keine kleine Schelle bis zu dem Ohr des Schotten, „Holland“ flüstert er. Nichts weiter als das Wort „Holland“.

Der Schotte hörte aber gar nicht auf den Deutschen. Er sah nach der Tür, vor der ein Gedränge entstand. Der Korrekte, der Diffe und der Krumme hielten sich um die Franzosen.

Der Krumme war ihr am nächsten. Er hatte sich länger mit der Frau in allen Ecken herumgedreht, war noch einige Male mit ihr vor dem Kontinentenstatter gewandelt und wollte nun mit ihr schlafen gehen.

Er war betrunken. Sein Kopf war röter als eine Tomate, und die Augen glänzten hinter den Tränenläsen wie kleine, blühende Feuer. „Es ist mein, das Putzchen!“ freilachte er und drehte seine Arme wie Windmühlensflügel.

Der Korrekte, der sich den beiden mit heißen Schritten genähert hatte, schien ebenso betrunken zu sein. Er machte kleine Verbeugungen vor der Frau, so tief, bis er an die lüchelnden Arme des Krummen rief und sagte mit gepflanzten Lippen: „Ich liebe Sie!“

Der Diffe trieb es noch toller. Er hatte in einer Ecke gesessen und getreulich auf die Beschweiser gewartet; als sie aber nicht erschienen wollte, krieg ihm keine Liebe zu Kopf, und er rannte nun mit Bewegungen, die selbst den Krummen erschreckten, gegen die Franzosen. Er machte das sonderbar. Er ließ seinen Hals und seine Schultern etwas hängen, und dann fiel er einfach nach vorn.

Die Franzosen sahen wie eine Gefangene unter den Verurteilten. Sie war so rot wie der Krumme, nur fröhlicher. Die Männer belästigten sie. Sie sah sie abwechselnd an, einmal den Korrekten, einmal den Krummen, drehte sich dabei und wand sich und versuchte, aus den Umklümmungen wieder herauszukommen. (Fortsetzung folgt.)



**D** Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden und Umgegend **D**

**DRESDEN-A**

Sie erhalten **alle Molkeerprodukte**  
 Vollmilch, Schlagsahne, Rahm, Joghurt, Butter, verschiedene Käsesorten und sonstige Lebensmittel  
 in bester Beschaffenheit in Dresden und seinen Vororten durch unsere zahlreichen Verkaufsstellen.  
**DRESDEN-A. 27 DREMA A.-G. WURZBURGER STRASSE 9**  
 Fernsprecher 44115



**Konditorei und Café „Gnühlauer“**  
 (fr. Café „Prater“) Amalienstr. 10  
 61194

**Restaurant „Stiffler“**  
 Wettbergstr. 4  
 11. Speise zu jeder Tageszeit  
 — Verkleinert — 61179

**Tambour-Kaffee-Rösterei**  
 G. m. b. H.  
 Dresden-A., Marienstraße 16  
 61197

**Zigarren, Zigaretten, Tabake**  
 Kurt Lindner, Maternistr. 12  
 Vis-à-vis dem Arbeiterhaus  
 61195

**KAFFEE-RÖSTEREI ALBIN SCHMIDT**  
 Pflanzl. Str. 16, nahe Rathenowplatz  
 Spez.: 1 Pfund 2,80 M. H. Qualität  
 61176

**Sanitätshaus Frauenhilfe**  
 Inhaber H. Herzig  
**16 Pflanzl. Straße 16**  
 61174

**Reisern / elektr. Haarschneiden**  
 alle Parfümrien  
 Moritz Richter, Josephinenstraße 3  
 61177

**Bellevue** Fräulein Sonnabend u. Sonntag  
 (fr. Ballmusik)  
 Wallerstr. 27  
 Saal u. Varietätensaal  
 bestausgestattet  
 61178

**Berufskleidung**  
**43** A. ALTUN **43**  
 Große u. Übergrosse  
 61108

Kauf nur in der  
**Radio-Zentrale O. Grohmann**  
 Dresden-A., Reibbahnstraße 5  
 61193

**Restaurant Rabenchenke**  
 Bülowstraße 26  
 Täglich Konzert  
 61195

**Konditorei und Feinbäckerei**  
 Alfred Beger, Große Brüdergasse 13  
 Telefon 2191  
 Spezialität: Pastetenbrot  
 61191

**DRESDEN PIESCHEN**

**Sport- und Trikotagen-KADEN** Torgauer Str. 33  
 Fernr. Nr. 53507  
 61191

**Konditorei und Café „SAXONIA“**  
 Telefon 24203  
 Hermann Kaut, Oschalter Straße 18  
 61199

**Hommels Schokoladenhaus**  
 Ecke Torgauer u. Bürgerstraße  
 Telefon 26428  
 61170

**Gießereitechnik**  
 Blüt / Kraft / Stahl  
 Albert Zinke, Bürgerstraße 8  
 61198

**Paul Schimpf, Fischgroßhandl.**  
 Oschalter Straße 21  
 61100

**Albin Geffert**  
 Zwickauer Straße 43  
 Gubenstraße 21  
 Roblen / Zwickau  
 61191

**Moltke-Apotheke**  
 Leipziger Straße 150  
 61194

**R.Thomschke, Mollkestr. 56**  
 Schuhreparatur / Schuhwaren  
 Vorkauf 5 Prozent Rabatt  
 61199

**Bevor Sie kaufen, besichtigen Sie meine Ausstellungsstücke**  
**Möbel** Konstantinstraße 28/29  
**Max Höhnel** Eigene Tischlerei  
 Zankowitzer 61174

**LICHTSPIELE STADT BREMEN**  
 Leipziger Straße 34  
 Dayton, West, 24 u. 25, Soud, 24 u. 25  
 61179

**Karl Schote, Saffner, Bürgerstr. 53**  
 Koffer / Taschen / Reiseartikel  
 Ausfertigung aller im Fach gelegenen  
 Reparaturen prompt und billig  
 61178

**Photo- u. Fahrradhaus „Stern“**  
 Inh. H. Schrapel, Bürgerstr. 28  
 61178

**Molkeerprodukte**  
 Frau Wenzlau, Mollkestraße 61  
 61193

**DRESDEN COTTA**

**LEBENSMITTEL**  
 Otto Bergemann / Meißner Landstraße 1  
 61174

Verbreitung der Arbeiterschaft von Cotta  
 Arbeiterklub, Prof. Alexander Hoffmann,  
 Meißner Landstraße 29  
 61178

**Schokoladen-Spezialgeschäft**  
 Ida Zieg, Cossebauder Str. 40  
 61079

**Stern-Drogerie, Erich Hoffmann**  
 Warthauer, Ecke Festungstraße  
 61191

**Willy Kleiber, Bekleidungs- u. Wäsche-  
 Trikotagen und Strümpfe**  
 Elisabeth Kämpfer, Warthauer Straße 16  
 61193

**Lebensmittel „Alma von Frisch“**  
 Kesselsdorfer Straße 4, Ecke Klopstockstraße  
 61193

**Löhner Hof** empfiehlt allen Lokalanen,  
 jeden Freitag, Schmalz, Eier, Ess-Schinken,  
 Löhner Straße 17  
 61196

**Wäsche und Weißwaren, preiswerteste**  
 Kleider auch neu gewaschen bei Frau Karina  
 Kling, Freyburger Straße 37  
 61198

**Lebensmittel, Kolonialwaren u. Haus-  
 schneidererei von Filds Döhl,**  
 Klopstockstraße 1  
 61199

**PERLU-DROGERIE, Drogen, Farben,  
 Lacke u. Metallreparatur**  
 alle Art. Walter  
 Wulke, Nfg., Mollkestraße 21  
 61191

**W. Kurt Pottrich**  
 Schuhreparatur  
 billig  
 GutsMuths-  
 Straße 34  
 61179

**Kasseler  
 Zigaretten**  
 Mager-  
 Koffen  
 empfiehlt  
**A. Gersten**  
 Warthauer Straße 6  
 61190

**Herren- und Damen-  
 friseur/Erbschützer**  
 Kreuzgasse 8  
 61195

**Mutterhaus Kleinfeld** Billige Beze-  
 rungen für Lebensmittel, Otto Spangenberg,  
 Klopstockstraße 41  
 61194

**Friedrich Lehmann**  
 Makronen-, Schokoladen- und Zucker-  
 warenfabrik, Cossebauder Straße 26  
 61191

**Arthur Pieper**  
 Uhren, Goldwaren, Warthauer Straße 19  
 61191

**DRESDEN LOBTAU**

**Albert Saalheim**  
 Aeltestes Spezialgeschäft  
 für Damen-, Herren- und  
 Kinderbekleidung  
**Kesselsdorfer Straße**  
 Ecke Bünaustraße  
 61191

**Gasthof und Ballsaal Bürgergarten**  
 Lübecker Straße 16 / Freitags und Sonntags moderner  
 Ball / Verkehrsklub der  
 Dresdener Arbeiterschaft  
 61191

**Für die Augen**  
 Uptake  
**H. Dahn**  
 Kranzwerkmeister  
 Ref. 11711  
 Poststraße 2  
 61191

**ERNST BERTHOLD**  
 Kesselsdorfer Str. 1, Ecke Bünaustraße  
**Obst, Südfrüchte,  
 Konserven, Grünwaren**  
 61190

**FRINDACKERH**  
 Walter Thiem, Inh. Herbert Gerstung  
 Freiburger Straße 132  
 61194

**Gustav Müller, Fischhandlung**  
 Kesselsdorfer Straße  
 61193

**MAX HERZOG**  
 Kesselsdorfer Straße 19  
 Billigste Bezugsquelle für  
 Qualitätsweine, Liköre  
 und Spirituosen  
 61197

**Hans Trade, Kesselsdorfer Straße 19**  
 Uhren, Goldwaren, Optik  
 Dreifachpreis der Konkurrenz  
 61194

**Old Frenzel, Kesselsdorfer Str. 30**  
 Holzschiefler, Süßiger Sahnwaren,  
 Alpen, Alpen-Süßher  
 61195

**Butterhandlung Loreley**  
 Kesselsdorfer Straße 12  
 Eier, Butter, Käse, Würstwaren  
 61191

**Fahräder, Grammophon, Wringmaschinen**  
 Richard Lehmann, Inhaberstr. 77  
 61191

**Zigarrenhaus**  
 Gebr. Risse  
 Kesselsdorfer Straße  
 61191

**S. Martini, Nähmaschinen, Fahrräder,  
 Brautkleider, Kesselsdorfer Straße 25**  
 61191

Die seit 40 Jahren bestehende Firma  
**BLOUSENECKE**  
 Wedergasse, Ecke Altmarkt  
 hat ein Zweiggeschäft in der  
**KESSELSDORFER STR. 14**  
 61191, das Spezialitäten für Kleider,  
 Hüte, Strümpfe, Baumwollwaren,  
 Wäsche, Herrenartikel u. Kurzwaren  
 61172

**Loh. Axelhaus, Lagerstuhl, Musikinstrumente,  
 Spezial-Flora, Mundharmonikas, etc.**  
 Klopstockstr. 41  
 61194

**Wild, Geflügel, Obst, Grünwaren und  
 Konserven** empfiehlt bei Hugo Peter-  
 mann, Kesselsdorfer Straße 13  
 61199

**Wer Oos sparen will, gehe zu Jupiter**  
**MULLER**  
 Kesselsdorfer Straße 36  
 61193

**Uhren, Goldwaren, Optik**  
**Mende, Kesselsdorfer Str. 32**  
 61191

**Kuor's Schokoladenhaus**  
 Kesselsdorfer Straße 3  
 Schokolade / Kasse / Kaffee / Tee  
 in prima Qualität  
 61191

**Feinkost, Wild, Geflügel**  
 Oskar Grundmann  
 Kesselsdorfer Straße 197 Tel. 10602  
 — bringt alle in empfehlende Letztverhandlung  
 61199

**„Atlantic“**

Deutsche Hochschweißerei G. m. b. H.  
 Zweigleitung Dresden-A. 1,  
 Annenstraße 16, Fernsprecher 17645  
 61193

**Photo-Schönfeldt**  
 Amalienstraße 10 / Kameras  
 Klino, Zubehör u. Photoarbeiten  
 61197



**Restaurant Relewitz**  
 (früher Schloßbautomat) (fr. Bröderg. 16)  
 GutsMuths- u. Meißner Straßen  
 61197

**Kohn's Schuhhäuser**  
 Annenstr. 29, Bauzener Straße 23  
 Bei Abgabe des letzten 5 Prozent Rabatt  
 61198

**Drogenspezialhaus**  
 Krügergewölbe, Farben  
**Spalteholz & Bley**  
 Pflanzl. Straße 20  
 61196

**Weth- und Kochendübel**  
**Bruno Straube**  
 Straße Brödergasse 34  
 61198

**Zigarrenhaus „Hier ist es“**  
 Annenstraße 41  
 Bekannt für sein gute Qualität  
 61198

**Haus- und Küchengeräte**  
**Hugo Rückert**  
 Nur Große Strümpfe  
 Man beachte große Fiktion an  
 der Querseite hinter Auerbach  
 61191

**Ja Kernleder Ja**  
 vorteilhaft nur Falkenstraße 10  
 A. HACKEL, Lederhandlung  
 8 Prozent Rabatt  
 61191

**Optische Anstalt H. Beger Nachf.**  
 Inh. Hans Stumpf  
 Pflanzl. Straße 26, Ecke Neue Gasse  
 61191

**DRESDEN STREHLER**

**KÖNIGSHOF Dresden-Strehlen**  
 Gerhart-Hauptmann-Str. 62  
 Linie 9 und 13, Autobushaltestelle  
 Dienstags und Sonntags Ball  
 61171

**Bruno Bergmann**  
 Gerhart-Hauptmann-Straße 39  
**Biergroßhandlung**  
**Siphonversand**  
 61197

**DRESDEN-N.**

**Hausframmi**  
**Dampfwäscherei „Reifm“**  
 Inh. Alfred Zechow, Markgrafen-  
 straße 16 Tel. 66416  
 61488

**Möbelhaus „Union“**  
 17 Alaunstraße 17  
 ist billig  
 Gegründet 1888  
 61191

**Reform- und Kleiderstoffe**  
 Matratzen, fertige Bettfedern  
**DRESDENIA**  
 Neustädter Markt 3  
 61177

**Damen- und Herrenhüte**  
 direkt aus der Fabrik  
**Leipziger Straße 112**  
 61474

**DR. TRACHENDERGE**  
**Haus- und Küchengeräte**  
**Eisenwaren — Werkzeuge**  
 Edmund Weigel, Großenhainer Str. 127  
 61191

**DRESDEN REICH**  
**Arbeiter Kauf Handwerkerbrot**  
 Wir liefern täglich bereitwillig Brot (100 g) an  
 alle in der Stadt  
**Böckler Johann Walther** / seit 1874  
 61191

**Hans Fischer, Reicher Str. 113**  
 Bekleidung / Fischwaren  
 61487

**Damen- und Herren-Friseur**  
 Heino Weißbach, Altreich 2  
 61173

**Friseur Friedrich Walther**  
 Reicher, Ecke Torgauer Straße  
 Zigarren / Zigaretten / Tabak  
 61474

**Zigarren-Spezial-Geschäft**  
 Große Auswahl in Zigarren, Ziga-  
 retten, Pfeifen, Rauch- u. Kautabak  
**Schreibwaren u. Literatur**  
 L. Pollnack, Altreich 2  
 61173

**Drogerie Gerhard Peack**  
 Dresden-A. 19, Angerstraße 5  
 61197

**Brot-, Weiß- und Feinbäckerei**  
**PAUL THIELEMANN**  
 Wormser Straße 53  
 61198

**Wegener- u. Kiehl, Schmalzwaren, Käse,  
 Mehl, Trocken- und Salzwaren, u. Holz**  
 Meißner, Altreich 32  
 61170

**Hammerer Fleischh. Hühnerstr. 4**  
 Meißner, Einfache, Käse, Wurst  
 61191

**Viktoria-Drogerie, Schmalz,  
 Speise, Farb- u. Lacke,  
 Pinsel, Photo-Artikel**  
 61174

**Leder-Ausschnitt und Schuhmacher-  
 bedarfsartikel, Schuhreparatur**  
 E. Hager, Schmalzauer Straße 92  
 61191

**Manufakturwaren, Spezial-Bekleidung**  
 aller Art, Tische, Leinwand, u. Bettwäsche,  
 Gardinen, **KURT ZIMMERMANN**  
 Schmalzauer Straße 41, Telephon 2144  
 61174

**Schirme, Spazierstöcke, Bezüge**  
 und Reparaturen / Ewald Kuhl  
 Ecke Schmalzauer- und Leinwandstr. Straße  
 61191

**DAMENHÜTE**  
 direkt im Fabriklager der Damenhutfabrik  
 Wettbergstr. 11, Ecke Behringstraße  
 Geschäftszeit: 9 bis 6 Uhr  
 61191

**Spezialgeschäft für Schuhreparatur**  
 Rudolf Hübner, Lillienstraße 5  
 61191

**Hauswirtschaftler und Kolonialwaren**  
 Carl Zehne, Voglerstraße 31 / Tel. 9373  
 61191

**ZSCHACHWITZ**

**Kolonialwaren**  
 Landprodukt, Hauswirtschaftler-  
 Fr. Wauer, Meißner-Str. 60  
 61480

**Wild, Geflügel, alle Sorten**  
**Fische**, frisch u. lebend, **Räucher-  
 fische** und **Marinaden** empfiehlt  
 täglich  
**A. HÖHLE**  
 Hübnerstraße 7 / Telefon 30240  
 61191

**Schuhreparatur, solide und preiswerte**  
 Handarbeit, O. Krause, Tolkewitzer Str. 4  
 61191

**DRESDEN DOBRITZ**  
**Gasthof Dobritz**  
 Jeden Sonntag Ballmusik / Veres-  
 zimmer / Pflanzl. Landstraße 28  
 61191

**Alfred Fleck, Bäckerei und Konditorei**  
 Behringstraße 114  
 61194

**Bruno Rochinski, Schuhmacher**  
 Behringstraße 109  
 61191

**Max Braun, Fleischermaler**  
 Altreich 4  
 61191

**Gasthof Prohle, Vereszimmer / jeder**  
 Sonntag Ballmusik / Preis 200 Mark  
 Meißner Straße 182  
 61179

**Die gute, echte**  
**Holsteiner**  
 Margarine und 11 Kaffee  
 erhalten Sie nur bei der  
**VERTEILUNGSSTELLE**  
**Walter Ziegler, Finkenweg 5**  
 100, Kassa  
 61190

**Hermann Fähr, Bäcker**  
 Torgauer Straße 41  
 61197

**Privat-Mittagstisch**  
 Selbstgebackener Kuchen,  
 ff. Wurstwaren / Finkenweg 6  
 61197

**KLEIN-ZSCHACHWITZ**  
 Kaufhaus Dietrich / Groß-Apartment  
 Arbeiterbekleidung, Stoffe, Wäsche  
 Bülowstraße 7  
 61198

**Klemmanna Schuhhaus**  
 in Preiswürdigkeit vorwärts / Pflanzl. 2  
 61196

Tag  
 Weila  
 Besondere  
 Aufteilung  
 übernahm  
 Schlichter  
 Platte 20  
 4. 30  
 Nach  
 fänger 20  
 partien  
 über das  
 Angelegen  
 wird den  
 des 25 e  
 hoh, wen  
 lich u g  
 burg nera  
 nel domi  
 witten den  
 der Frage  
 zu umgeh  
 glattes an  
 gelöst me  
 Der S  
 des Beric  
 glüht, u  
 Regierung  
 in das G  
 Blatt erg  
 Wert, G  
 das Ein  
 Marinee  
 hat. Das  
 verfahren  
 der Staat  
 Bericht  
 Der  
 die bische  
 Vertulju  
 raltung“  
 lung be  
 drei über  
 die unter  
 durch da  
 angehen  
 zum schä  
 um diese  
 gen. W  
 hat, daß  
 wahren  
 von ihm  
 Angelege  
 nalen. I  
 Sinter  
 hup-Ber  
 helfen de  
 der Beric  
 in einer  
 De  
 arbeiter  
 verhand  
 natürlich  
 lurch d  
 Anlage  
 allem d  
 Di  
 Einget  
 sollen  
 Nacht  
 zeugma  
 Arbeit  
 bekann  
 Schlicht  
 niederl  
 Taktik  
 Mont  
 tern an  
 Die  
 ten Dr  
 Wie d  
 die Se